



Breslau, 6. Dezember.

Wir haben bereits der deutschen Reform in Betreff des neuen Bundes, den sie für Konservative und Konstitutionelle empfiehlt, eine vorläufige Antwort gegeben. Wir erinnerten an die bisherige Geschichte dieses Bundes, wie an die Früchte, die er getragen und zogen aus beiden die Folgerung, daß die Konstitutionellen wohl Grund genug haben, sich ein- und zweimal zu besinnen, bevor sie wiederum in jenen Bund treten.

Und allerdings, unsre Bedenken sind weder gering an Zahl, noch gering an Gewicht. Wäre die konservative Partei in der That eine Partei, welche diesen Namen mit vollem Recht in Anspruch nehmen dürfte: trüge sie ihn in dem Sinne, in welchem man dieses Wort in dem Lande „politischer Erbweisheit“ gebraucht, dann freilich würde auch unsre Antwort auf jenen Antrag eine ganz andere sein. Allein von dieser „politischen Weisheit“ können wir bei unsern Konservativen gar wenig entdecken. Ist es etwa politisch weise, wenn man nur immer für die eine Seite der Dinge und fast niemals auch für die andere Auge und Ohr hat? Oder ist es wirklich konservativ, die Forderungen einer neuen Zeit stets, entweder schroff zu verneinen, oder ihnen bei der Gewährung in dem Grade alle Spitzen abzubringen, daß nur der Schein aber nicht das Wesen erreicht wird. Diese Art von Politik nennt man in England keineswegs eine konservative. Dort hat auch der Konservative die uralte Wahrheit nicht vergessen, daß die Mutter des Scheins die Lüge ist und daß die Früchte der Lüge, so geschmückt sie auch gleißen, dennoch inwendig faul sind. Dort geht die konservative Partei nicht darauf aus in neuen Formen des Scheins das alte Wesen zu konserviren; vielmehr gilt dort einzig und allein nur der als ein konservativer Staatsmann, wer die Wendungsmomente im Seitenwechsel mit scharfem Blick zu erkennen weiß, und zugleich es versteht den neuen sich bahnbrechenden Ansichten, Bedürfnissen und Interessen entschieden und kräftig gebührende Rechnung zu tragen.

Wir wissen es wohl, wir werden die Konservativen unter uns, welche klar wissen, was sie wollen, nicht davon überzeugen, wie wenig sie in der That und Wahrheit ihrem Namen entsprechen, und noch weniger werden wir sie zu der Erkenntniß bringen, daß ihr Thun und Treiben auf die Länge ihren feindseligsten Gegnern in die Hände arbeiten kann und muß. Nicht an sie wenden wir uns; wir richten unsre Worte vielmehr an die große Menge derer, welche aus Gewohnheit, Bequemlichkeit, Schrecken und Ekel über die Stürme des letzten Jahres zu jener Fahne halten: wir richten sie an diejenigen, welche aus Mangel politischer Erfahrung den Weg nicht übersehen und das Ziel nicht erkennen, zu welchem dieser Weg führt: wir richten sie endlich an diejenigen der konstitutionellen Partei, welche noch immer sich von der Ansicht nicht losreißen können, daß der Demokratie gegenüber auch jetzt noch ein Zusammenhalten mit jenen Konservativen nothwendig sei.

Ist denn unsre politische Lage heute dieselbe, wie im Herbst des vergangenen oder im Frühling dieses Jahres? Allerdings, damals war die Demokratie mächtig und furchtbar, sie war noch immer im Angriff, noch immer voll Hoffnung eines nahen Sieges und lähnt in der Erwartung desselben. Jetzt aber ist sie besiegt und niedergeschlagen. Ihre Kräfte haben sich im Zusammenstoß nicht bewährt, ihre Hoffnungen sie getäuscht; sie ist aus dem Angriff in die Vertheidigung geworfen und gründet ihre Aussicht auf neue Erfolge, hauptsächlich auf die Fehler, welche ihre Gegner begangen. Und ist diese Rechnung etwa falsch? Oder ist es nicht eine Wahrheit, welche alle Geschichte bestätigt, daß, je weiter Reaktion und Restauration es treiben, desto ungewisserhafter und gewaltiger ihnen eine neue Revolution folgt? Mit einem Wort, die Gefahr der Zukunft droht nicht von der Seite der Demokratie allein, sie droht für jetzt vielmehr eben so sehr von der Seite der Reaktion, von der ein guter Theil sich unter dem Namen der Konservativen verbirgt!

Man fasse doch nur die Führer dieser konservativen Partei ins Auge! Es sind zum größten Theile

dieselben Männer, welche vor dem März 1848, noch auf dem vereinigten Landtage, entweder die entschiedensten Gegner des konstitutionellen Prinzips waren, oder sich auch schon damals bemühten, alle Hauptgrundsätze und Forderungen dieses Prinzips abzustumpfen, und den Schein des Systems statt des Wesens zur Herrschaft zu bringen.

Viktor Amadeus von Savoyen pflegte zu seinem Sohne zu sagen: „die Lombardie ist wie eine Artischoke, man muß sie Blatt für Blatt abrupfen und speisen.“ Haben jene Konservativen die Verfassung vom 5. Dezember nicht auch fast wie eine Artischoke behandelt? Wo ist irgend eine Sicherheit dafür, daß sie mit dem Dreikönigseutwurf vom 26. Mai etwa anders zu verfahren gedenken? Und diesen alten Gegnern sollten die Konstitutionellen von neuem sich anvertrauen, sollten sich deren Fahnen unterordnen und selbst dazu mitwirken, daß die Gestaltung der deutschen Einheit und Verfassung in deren Hände gelegt wird?

Wir wenigstens können zu solchen Schritten nicht rathen. Mag die konstitutionelle Partei sich vor so zweideutigen Bundesgenossen hüten, und ihren Grundsätzen treu, auf ihrem eigenen Wege gehen. Denn die Treue ist, wie in allem, so auch im politischen Leben kein leerer Wahn. Sie ist vielmehr für jede politische Partei eine Quelle der Achtung, und Kraft, und ein Bruch der Treue gegen sich selbst, rächt sich, wie jede Schuld auf Erden.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 81. Sitzung vom 5. Dezember.

Präsident: v. Auerswald.

Eröffnung 10¼ Uhr.

Am Ministerische: v. Manteuffel, v. Strotztha, Simons, Graf Brandenburg, v. Landenberg.

Abg. Walter erhält seinen Urlaub verlängert.

Gleichwie gestern erheben sich Zweifel über die Beschlußfähigkeit der Versammlung, während des Namensaufrufes finden sich jedoch so viel Abgeordnete ein, daß 91 anwesend sind.

Man geht zur Tagesordnung, zur Fortsetzung der Berathung über die Gemeinde-Ordnung über und der Referent verliest den Kommissionsbericht über § 3, zu welchem von Möwes, Wachler und v. Bernuth Verbesserungs-Anträge eingegangen sind, die unterstützt werden.

Nach kurzer Debatte werden die 4 ersten Sätze (Alinea 1, 2) des § 3 nach dem Kommissions-Antrage angenommen. Zu den folgenden Sätzen ist das Amendement Wachler gestellt, welches nur die vollkommen ertragunfähigen Grundstücke von der Steuer befreit wissen will. Der Antragsteller und der Abg. Kisker vertheidigen dasselbe und der Minister des Innern erklärt es als unzureichend und empfiehlt die Regierungs-Vorlage.

Das Amendement Wachler wird verworfen und die 3 nächsten Sätze (Alinea 3, 4) werden nach dem Kommissionsvorschlage angenommen.

Zu den beiden letzten Sätzen gehören die Amendements Wachler, Möwes und v. Bernuth, welche von den Antragstellern vertheidigt werden. Nachdem Möwes, Bennecke, Kisker, v. Manteuffel, v. Daniels über den Gegenstand gesprochen und der Berichterstatter den Kommissionsvorschlag empfohlen, wird der Kommissionsentwurf mit dem Amendement Wachler angenommen, die übrigen Verbesserungsanträge verworfen.

Demnach lautet § 3, soweit er von der Regierungsvorlage abweicht:

Im Alinea 1 im 1. Satze ist gesetzt: „Die Mitbenutzung der öffentlichen Gemeinde-Anstalten.“

Alinea 1, Satz 2 lautet: „Die Bestimmungen besonderer Stiftungen, welche mit solchen Gemeinde-Anstalten verbunden sind, ingleichen die darauf bezüglichen, auf besondern Titeln beruhenden Privatrechte werden hierdurch nicht berührt.“

Im Alinea 2, Satz 1 wird gesetzt: „Wer in

der Gemeinde Grundbesitz hat oder ein stehendes Gewerbe betreibt.“

Alinea 2, Satz 2 bleibt unverändert.

Alinea 3 wird nur im Eingange unwesentlich in der Fassung abgeändert.

Alinea 4 wird am Schlusse dahin abgeändert: „Sollen im ganzen Staate von Gemeindeauslagen insoweit befreit sein, als sie diese Befreiung zur Zeit der Verkündung dieser Gemeinde-Ordnung bereits besaßen.“

Alinea 5 wird unverändert belassen.

Alinea 6 lautet: „Alle sonstigen, nicht persönlichen Befreiungen sind ablösbar und hören auf, wenn die Entschädigung festgestellt und gezahlt ist. Wer auf Entschädigung Anspruch machen will, muß diesen Anspruch binnen Jahresfrist nach Einführung dieser Gemeinde-Ordnung in der betreffenden Gemeinde (§ 92) bei dem Gemeinde-Vorstande anmelden, widrigenfalls der Anspruch erlischt. Die Entschädigung wird zum 20fachen Betrage des Jahreswerthes der Befreiung nach dem Durchschnitte der letzten 10 Jahre vor der Verkündung dieser Gemeinde-Ordnung geleistet. Steht ein anderer Entschädigungsmaßstab durch speziellen Rechtstitel fest, so hat es hierbei sein Bewenden. Der Entschädigungsbetrag wird durch Schiedsrichter mit Ausschluß der ordentlichen Rechtsmittel festgestellt; von diesen wird der eine von dem Besitzer des bisher befreiten Grundstücks, der andere von der Gemeindevertretung ernannt. Der Obmann ist, wenn sich die Schiedsrichter über dessen Ernennung nicht verständigen können, von der Aufsichtsbehörde zu ernennen. — Alle persönlichen Befreiungen sind ohne Entschädigung aufgehoben.“

§ 4. Es sind dazu Amendements von Trief, Carl, v. Bernuth und Möwes gestellt.

v. Gaffron empfiehlt das Amendement Carl, Möwes sein eigenes und Wachler erklärt sich prinzipiell für den Regierungs-Entwurf.

v. Schleinitz trägt auf Wiederherstellung des Regierungs-Entwurfs an; wolle man einen Census, so möge man den geringsten Satz auf 4 Rthl. stellen.

v. Ikenplis erklärt sich gegen das Amendement Möwes.

v. Daniels gegen die Bestimmung des § durch und durch.

Sägert spricht für den Regierungs-Entwurf, gegen den Unterschied in der Theilnahme an den Gemeinde-Angelegenheiten; wolle man einmal einen Unterschied der Stände, so möge man es offen aussprechen. Wolle man sich gegen das „Contagium der Demokratie“ sichern, so möge man jeden Census verwerfen.

Carl motivirt, unter der Voraussetzung, daß der Kommissions-Entwurf angenommen werde, sein Amendement dazu.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Die Abg. Kisker und v. Wigleben sprechen für den Regierungs-Entwurf.

Minister des Innern: es handelt sich bei diesem § darum, das aktive Gemeinde-Recht festzustellen. Es kommt darauf an, wie soll dies Recht zum Wohle jedes Einzelnen festgesetzt werden? Hält man einen Census für nothwendig, so stimme man für denselben. Es ist jedoch dabei zu bedenken, daß durch einen Census Viele von der Theilnahme an den Gemeinde-Angelegenheiten ausgeschlossen werden, die dem Staate durch ihren Körper, durch ihre Militärpflicht u. dienen. Man würde hier der Demokratie eine Waffe in die Hand geben, d. h. der schlechten Demokratie, die durch Concessionen nicht zu gewinnen ist.

Nach dem Resumé des Berichterstatters erhebt sich eine lange Debatte über die Fragestellung, bevor man zur Abstimmung kommt.

Das Amendement Möwes wird verworfen und die Nr. 1 und 2 des Kommissionsentwurfs angenommen. Ueber das Amendement Trief (nach „sowie“ zu setzen „in Gemeinden unter 1500 Einwohnern“ und nach „zwei Thaler“ zu setzen „in Gemeinden über 1500 Einwohner mindestens drei Thaler“) wird namentlich abgestimmt, da die Zählung 59 für, 62 gegen die Annahme ergiebt; von 125 Anwesenden stimmen nun 60 für, 65 gegen die Annahme des

Amendements. Nr. 3 des Kommissions-Entwurfs wird angenommen. Das Amendement Möwes wird abgelehnt, dagegen das Amendement Carl angenommen. Demnach lautet Article 1 des § 4, wie folgt:

„Jeder selbstständige Preusse ist Gemeindegewählter, wenn er seit einem Jahre 1) Einwohner des Gemeindegewählbezirks ist (§ 2), 2) keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen und 3) die ihn betreffenden Gemeindegewählbezirks- und mindestens 2 Thaler als Jahresbetrag an direkten Staatssteuern gezahlt hat. — Dieser Steuerbetrag kann durch die Kreisvertretung mit Genehmigung des Bezirksraths für einzelne Gemeinden ermäßigt werden. In den mahl- und schlagsteuerpflichtigen Gemeinden tritt an die Stelle des Beitrages zu den direkten Staatsabgaben der Nachweis, daß das Gemeindegewählbezirk ein reines jährliches Einkommen bezieht, welches beträgt:

für Gemeinden von	
weniger als 10,000 Einwohnern	200 Thlr.
10,000 bis 50,000 „	250 „
mehr als 50,000 „	300 „

(Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Fortsetzung der Berathung der Gemeinde-Ordnung.)

II. Kammer. 69. Sitzung vom 5. Dezbr.

Präsident: Graf Schwerin.

Am Ministertische: Gehr. v. Mantuffel, Regierungskommissar Schellwig und v. Rabe.

Zunächst schreitet man in der Berathung des Beschlusses der Agrar-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, fort.

Der heut zur Berathung kommende vierte Abschnitt des Gesetzentwurfs §§ 91—109 enthält „allgemeine Bestimmungen.“

Bei nochmaliger Abstimmung wird das Renard'sche Amendement, welches die §§ 81—87 des Gesetzes noch einmal der Kommission überweisen will, verworfen und die §§ in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei §§ 91—109 machen die westfälischen Abgeordneten mehrfach Vorschläge in Rücksicht auf die provinziellen Verhältnisse. Die Kammer nimmt die §§ in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung an. (Schluß 4 Uhr, die nächste Sitzung den 7. Dez.)

Berlin, 5. Dezember. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den dienstthuenden Kammerherren bei Ihrer Majestät der Königin, dem Schloßhauptmann Grafen v. Dönhoff und dem Grafen v. Pückler, Ersterem den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Letzterem den St. Johanner-Orden; so wie dem Kreisgerichts-Rath Thurner zu Glogau den rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Stadt- und Kreisgerichts-Roten und Exekutor Fisch zu Danzig das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. — Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich haben dem vormaligen Minister-Residenten zu Florenz, Grafen v. Schaffgotsch, den Orden der eisernen Krone dritter Klasse zu verleihen geruht.

Dem Fabrik-Besitzer A. Vorsig in Berlin ist unter dem 1. Dezember 1849 ein Patent auf durch Zeichnung und Beschreibung näher nachgewiesene mechanische Mittel zur Aufbereitung von Hohlgefäßen und Röhren aus Metall auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Reglement

Verordnung vom 26. November d. J. über die Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Volksause.

§ 1. Es ist unverzüglich zur Einrichtung der Wahlbezirke zu schreiten und die Zahl der auf jeden derselben fallenden Wahlmänner festzusetzen (§ 4—6 der Verordnung). — Gemeinden von 3500 oder mehr als 3500 Seelen werden von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in Wahlbezirke getheilt, deren keiner mehr als 3499 Seelen umfassen darf. — Gemeinden von 1500 bis 3499 Seelen bilden, nach der Bestimmung des Landraths, entweder einen Wahlbezirk für sich oder werden von demselben bis zu höchstens 3499 Seelen mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt. — Gemeinden unter 1500 Seelen, so wie nicht zu einer Gemeinde gehörende bewohnte Besessungen, werden von dem Landrathe mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigt. — Jedoch ist dahin zu sehen, daß, wo Gemeinden von weniger als 1500 Seelen zu einem Wahlbezirk vereinigt werden, derselbe wo möglich nicht mehr als 1999 Seelen umfaßt, mithin nicht mehr als 3 Wahlmänner zu wählen hat.

§ 2. Gleichzeitig ist zur Aufstellung der Wählerlisten (§ 21 der Verordnung) und nach deren Schluß zur Aufstellung der Abtheilungslisten (§ 24 der Verordnung) zu schreiten.

§ 3. Bei der Aufstellung der Abtheilungslisten ist folgendes Verfahren zu beobachten: Nach Anleitung des anliegenden Formulars werden die Wähler in der Ordnung verzeichnet, daß mit dem Namen des Höchstbesteuerten angefangen wird, dann derjenige folgt, welcher nächst jenem die höchsten Steuern entrichtet, und so fort bis zu demjenigen, welcher die geringste Steuer zu zahlen hat. — Alsdann wird die Gesamtsumme aller Steuern berechnet. Die Gränze der ersten Abtheilung wird dadurch gefunden, daß man die Steuerbeträge der einzelnen Wähler so lange zusammenrechnet, bis das erste Drittel der Gesamtsumme erreicht ist. Was von der Gesamtsumme dann noch übrig bleibt, wird in zwei Hälften getheilt. Diejenigen Wähler, welche die erste Hälfte ausfüllen, bilden die zweite und die

übrigen die dritte Abtheilung. — Läßt sich bei gleichen Steuer- oder Schätzungsbeträgen nicht entscheiden, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abtheilung zu rechnen ist, so giebt die alphabetische Ordnung der Familiennamen den Ausschlag.

§ 4. In Gemeinden, welche für sich einen Wahlbezirk bilden, und in Wahlbezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, wird nur eine Abtheilungs-Liste angefertigt. Im ersteren Falle stellt dieselbe die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde, im letzteren der Landrath fest. — Ist aber eine Gemeinde auf Grund der §§ 5 und 6 der Verordnung in mehrere Bezirke getheilt, so wird von der Gemeinde-Verwaltungs-Behörde zuvörderst eine allgemeine Abtheilungs-Liste für die ganze Gemeinde angelegt, und dann aus dieser für jeden einzelnen Bezirk ein Auszug gemacht, welcher für diesen Bezirk die Abtheilungs-Liste bildet. Deshalb ist es nöthig, in der allgemeinen Liste bei jedem Wähler die Nummer des Bezirks anzugeben.

§ 5. Steuerfreie Wähler, welche auf Grund der §§ 12 und 17 der Verordnung ihr Stimmrecht ausüben wünschen, müssen sich bei der Behörde, welche die Wählerliste aufstellt, innerhalb einer von derselben festzusetzenden und bekannt zu machenden Frist anmelden und derselben die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung angeben. Unterlassen sie die Anmeldung, so werden sie nicht in die Listen aufgenommen; versäumen sie es, die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung rechtzeitig anzugeben, so werden sie in diejenige Abtheilung gesetzt, welche die Behörde für angemessen erachtet.

§ 6. Sowohl auf der Wählerliste als auch auf der Abtheilungsliste muß von der Behörde, welche zur Entscheidung über die Reklamationen berufen ist, noch vor dem Wahltermin becheinigt werden, daß innerhalb der Reklamationsfrist (§§ 23 und 25 der Verordnung) keine Reklamationen erhoben oder die erhobenen erledigt sind.

§ 7. Aus der Abtheilungs-Liste des Wahlbezirks wird für jeden landwehrpflichtigen Wähler, welcher zur Zeit der Wahl zum Dienste einberufen ist, nach dem Muster der Anlage, ein Auszug gemacht. Derselbe muß enthalten:

- 1) den Namen und Wohnort des Wählers;
- 2) den Steuerbetrag, mit welchem er zum Ansaß gekommen ist;
- 3) den Wahlbezirk und die Abtheilung, für welche er zu wählen hat;
- 4) die Zahl der von der Abtheilung zu wählenden Wahlmänner.

Dieser Auszug ist dem stellvertretenden Landwehr-Bataillons-Kommandeur mit dem Gesuchen zu überreichen, ihn, behufs der Ausfüllung der Namen der Wahlmänner durch die landwehrpflichtigen Wähler, an den Kommandeur desjenigen Bataillons gelangen zu lassen, zu welchem dieselben einberufen sind. — Auf demselben Wege gelangt der ausgefüllte Auszug zurück, und ist die Requisition, so wie die Erledigung derselben, so zu beschleunigen, daß die ausgefüllten Auszüge noch vor dem Wahl-Termin in den Händen des Wahl-Kommissars sich befinden. — Dasselbe Verfahren findet statt, wenn bei engeren Wahlen eine nochmalige Stimmenabgabe der Landwehrmänner erforderlich werden sollte, und sind in diesem Falle auf dem Auszuge die Namen derjenigen Kandidaten zu vermerken, auf welche die Stimmgebung sich nur erstrecken darf.

§ 8. Wenn eine nach §§ 5 und 6 der Verordnung vorgenommene Eintheilung einer Gemeinde in Wahlbezirke dazu führt, daß in einem einzelnen Bezirke entweder eine Abtheilung ganz ausfällt, oder ein zu großes Mißverhältnis zwischen der Anzahl der Wähler der verschiedenen Abtheilungen des Bezirks hervortritt, so kann die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde von der ihr im § 20 der Verordnung beilegenden Befugnis Gebrauch machen und die Wähler einzelner oder aller Abtheilungen in besondere, von denen der übrigen Abtheilungen unabhängige Wahlbezirke theilen. — Sie kann dies entweder in der Art thun, daß sie die Gemeinde zuvörderst auf Grund der §§ 5, 6 der Verordnung in Wahlbezirke theilt und demnach die Anordnung trifft, daß die sämtlichen Wähler der Gemeinde, welche der ersten Abtheilung angehören, nicht in diesen Wahlbezirken mitzuwählen, sondern die auf sie fallende Anzahl der Wahlmänner in besonderen Wahlbezirken wählen, in welche sie möglichst gleichmäßig vertheilt werden. — Oder die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde kann, nach vorläufiger Eintheilung der Gemeinde in Wahlbezirke, auf Grund der §§ 5, 6 der Verordnung, dieselbe Anordnung, wie sie eben in Bezug auf die Wähler der ersten Abtheilung angedeutet worden ist, in Bezug auf die Wähler der ersten und zweiten Abtheilung treffen, ohne daß es nöthig wäre, daß dann die Wahlbezirke der ersten Abtheilung mit denen der zweiten zusammenfallen. — Endlich kann die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde von einer Eintheilung der Gemeinde in Wahlbezirke auf Grund der §§ 5, 6 der Verordnung ganz absehen und die Wahlbezirke für die Wähler jeder Abtheilung besonders festsetzen.

§ 9. Jeder in Gemäßheit des § 20 der Verordnung oder des § 8 des Reglements gebildete Wahlbezirk muß einen Wahlvorstand haben, der so zusammengefaßt ist, wie es der § 27 der Verordnung vorschreibt.

§ 10. Die Wähler des Wahlbezirks werden zu einer bestimmten Stunde des Tages der Wahl zusammenberufen. — In Wahlbezirken, welche aus mehreren Ortschaften bestehen, kann der Wahlvorsteher, um die Wähler der Nothwendigkeit zu überheben, einen weiten Weg zurückzulegen oder viel Zeit zu verlieren, in Gemäßheit des § 28 der Verordnung, Wahlversammlungen an verschiedenen Stellen des Wahlbezirks und selbst für jede einzelne Ortschaft ansetzen. — Es ist ihm zur Ausführung dieser Maßregel ein Zeitraum von höchstens drei Tagen incl. des vom Minister des Innern bestimmten Tages der Wahl gestattet. In einer gleichen Frist ist die etwa erforderlich werdende engere Wahl (§ 16 des Reglements) zu bewirken. — Der Wahlvorsteher ernannt in diesem Falle an jedem Orte, wo er eine Wahlversammlung abhält, neue Beisitzer, erforderlichenfalls auch einen neuen Protokollführer. — Vor dem Wahlvorstande desjenigen Ortes, wo die letzte Wahlversammlung stattfindet, wird die Wahlhandlung abgeschlossen und das Resultat verkündet.

§ 11. Die Wahlhandlung wird mit Vorlesung der §§ 27—35 der Verordnung und der §§ 11—19 dieses Reglements durch den Wahlvorsteher eröffnet. — Alsdann werden die Namen aller stimmberechtigten Wähler vorgelesen. — Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt und so die Versammlung konstituiert. — Später erscheinende Wähler melden sich bei dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen theilnehmen. Abwesende, mit Ausnahme der zum Dienste einberufenen Landwehrpflichtigen, können in keiner

Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theil nehmen.

§ 12. Der Wahlvorsteher ernannt den Protokollführer und die Beisitzer (§ 27 der Verordnung). Er beauftragt den Protokollführer mit Eintragung der Wahlstimmen in die Abtheilungsliste.

§ 13. In Wahlbezirken, welche auf Grund der §§ 5, 6 der Verordnung gebildet sind, wählt die dritte Abtheilung zuerst, die erste zuletzt. Sobald die Wahlhandlung einer Abtheilung geschlossen ist, werden die Mitglieder derselben entlassen.

§ 14. Der Protokollführer ruft die Namen der Wähler in der Folge, wie sie in der Abtheilungsliste verzeichnet sind, auf. Jeder Aufgerufene tritt an den zwischen der Versammlung und dem Wahlvorsteher aufgestellten Tisch und nennt, unter genauer Bezeichnung, den Namen des Wählers, welchem er seine Stimme geben will. Sind zwei Wahlmänner zu wählen, so nennt er gleich zwei Namen. Diese trägt der Protokollführer neben den Namen des Wählers und in Gegenwart desselben in die Abtheilungs-Liste ein oder läßt sie, wenn derselbe es wünscht, von dem Wähler selbst eintragen.

§ 15. Die Wahl erfolgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenden. — Ungültig sind, außer dem Fall des § 30 der Verordnung, solche Wahlstimmen, welche auf andere, als die nach § 32 der Verordnung oder § 16 des Reglements wählbaren Personen fallen. — Ueber die Gültigkeit einzelner Wahl-Stimmen entscheidet der Wahl-Vorstand.

§ 16. So weit sich bei der ersten oder einer folgenden Abstimmung absolute Stimmenmehrheit nicht ergibt, kommen diejenigen, welche die meisten Stimmen haben, in doppelter Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner auf die engere Wahl. — Wenn bei einer Abstimmung die absolute Stimmenmehrheit auf mehrere, als die noch zu wählenden Wahlmänner gefallen ist, so sind diejenigen derselben gewählt, welche die höchste Stimmenzahl haben. — Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Vorstehers gezogen wird.

§ 17. Sowohl bei der ersten wie bei der engeren Wahl ist die Abgabe der Stimmen seitens der zum Dienste einberufenen Landwehrmänner behufs Abschließung der Wahlhandlung nur dann abzuwarten oder einzuholen, wenn die fehlenden Stimmen noch einen entscheidenden Einfluß auf den Ausfall der Wahl haben können. In diesem Falle ist die Wahl erst dann abzuschließen, wenn die Stimmen der Landwehrmänner eingegangen sind.

§ 18. Die gewählten Wahlmänner müssen sich, wenn sie im Wahltermin anwesend sind, sofort, sonst binnen drei Tagen, nachdem ihnen die Wahl angezeigt ist, erklären, ob sie dieselbe annehmen, und wenn sie in mehreren Abtheilungen (resp. im Falle des § 8 des Reglements in mehreren Bezirken) gewählt sind, für welche derselben sie annehmen wollen. Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen drei Tagen, gilt als Ablehnung. — Jede Ablehnung hat für die Abtheilung (resp. im Falle des § 8 des Reglements für den Bezirk) eine neue Wahl zur Folge.

§ 19. Ueber die Wahlhandlung ist ein Protokoll nach dem anliegenden Formular aufzunehmen.

§ 20. Die Oberpräsidenten haben sofort die Wahlkreise für die Wahl der Abgeordneten, die Wahl-Kommissare und die Wahlorte zu bestimmen, auch davon, daß dies geschehen, die Wahl-Vorsteher zu benachrichtigen.

§ 21. Die Wahl-Vorsteher reichen die Wahl-Protokolle dem Wahl-Kommissar ein. — Der Wahl-Kommissar stellt aus den eingereichten Wahl-Protokollen ein Verzeichniß der Wahlmänner seines Wahlbezirks auf und ladet dieselben schriftlich zur Wahl des Abgeordneten ein.

§ 22. Die Wahlhandlung wird mit Vorlesung der §§ 37 bis 42 der Verordnung, so wie der §§ 22 bis 26 dieses Reglements, eröffnet. — Im übrigen kommen die Bestimmungen des § 11 dieses Reglements zur Anwendung.

§ 23. Der Abgeordnete wird in der Art gewählt, daß jeder aufgerufene Wahlmann den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt. — Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Wahlmannes in die Wahlmänner-Liste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen.

§ 24. Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. — Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat. — Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise wie die erste vorgenommen. — Jede Wahlstimme, welche auf einen anderen, als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ist ungültig. — Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. — Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Loos, welcher aus der Wahl fällt. — Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet ebenfalls das Loos. — In beiden Fällen ist das Loos durch die Hand des Wahlkommissars zu ziehen.

§ 25. Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§ 26. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahlkommissar in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zum Nachweise, daß er nach § 41 der Verordnung wählbar ist, aufzufordern. — Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen acht Tagen von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung. — In Fällen der Ablehnung oder Nichtwählbarkeit hat der Ober-Präsident sofort eine neue Wahl zu veranlassen.

§ 27. Sämtliche Verhandlungen, sowohl über die Wahl der Wahlmänner, als die Wahl des Abgeordneten, werden von dem Wahlkommissar dem Ober-Präsidenten gehörig gefestigt eingereicht, welcher dieselben dem Minister des Innern zur weiteren Veranlassung vorzulegen hat.

Berlin, den 4. Dezember 1849.

Das Staats-Ministerium.
Graf v. Brandenburg. v. Labenberg. v. Mantuffel. v. Ströb. v. Frey. v. Rabe.
Simons. v. Schleinig.

A. Z. C. Berlin, 5. Dezember. [Tagesbericht.] In der Archiv-Einrichtung des Staates ist in die

fen Tagen eine Veränderung angeordnet, welche zu einer vollständigeren Absonderung der königl. Hausangelegenheiten von den Staatsangelegenheiten hinführt, und dadurch eine besondere Bedeutung bekommt. Nachdem schon früher für die bisher in ungetrennter Verbindung mit dem geheimen Staatsarchiv aufbewahrten Archivalien des königl. Hauses in der Person des Dr. F. Märker ein eigener Archivar bestellt worden war, ist nun auch der Direktor des geh. Staatsarchivs, Dr. G. W. v. Raumer, von der Direktion des zu bildenden Archives für das königl. Haus entbunden und die Leitung des letztern dem Oberceremonienmeister Baron v. Stillfried übertragen. Wir werden darnach künftig 3 Centralarchive haben, nämlich das Hausarchiv unter dem Baron v. Stillfried, das Staatsarchiv unter von Raumer und das Ministerial-Gesamtarchiv unter dem geheimen Archivrath Riedel. Bei der Zerspaltung der Archivalien, welche wegen ihres innern Zusammenhanges, besser in einem Institute vereinigt worden wären, anstatt noch mehr auseinander gerissen und zerstreut zu werden, darf man sich jedoch nicht der Annahme hingeben, als wäre für unser Archivwesen in einer seiner hohen historischen Bedeutung würdigen Weise gesorgt. Vielmehr wird gerade das wichtigste dieser Archive, das geheime Staatsarchiv, in welches die ältesten und merkwürdigsten archivalischen Schätze der Provinzen zusammengetragen sind, auffallender Weise von zwei „geheimen Staats- und Kabinet-Archivarien“ verwaltet, denen alle Befähigung zum Entziffern und Verständniß alter Urkunden abgehen soll. Seitdem der als Urkundenkenner bekannte Archivar Höfer im Jahre 1848 in den Ruhestand versetzt ist, besetzt das Institut keinen mit gelehrter Bildung versehenen Beamten mehr, was im Interesse der Benutzung des Instituts für wissenschaftliche Zwecke um so mehr zu beklagen ist, als der Direktor v. Raumer seine Thätigkeit nur auf die allgemeine Leitung beschränkt und nicht auf Theilnahme an die archivalischen Arbeiten erstreckt, und die amtliche Wirksamkeit des ebenfalls als gelehrten Urkundenkenners ehemals bekannten Dirigenten des Ministerialarchivs Dr. Riedel, des jetzigen Abgeordneten, über den Bereich dieses historisch wenig bedeutenden Archives nicht hinausgeht. — Die Finanzkommission der zweiten Kammer hat in ihrer vorgestrigen Sitzung die Regierungsvorlage wegen Ermäßigung der Briefportotaxe genehmigt. Auch der Plan der Regierung, den Verkauf von Frankirungstempeln einzuleiten, welche sich namentlich in England bewährt haben, fand den Beifall der Kommission. Der Ausfall an Staatseinnahmen, der durch diese Ermäßigung von Beförderungspreisen möglicherweise eintreten kann, wird sich nach der Berechnung der Postverwaltung auf höchstens 100,000 Rthl. jährlich belaufen, da durch ein gewisses Maß vermehrter Benutzung der Postanstalt mit Zuversicht gerechnet werden kann. — Berichterstatter für das Plenum ist der Abgeordnete v. Lauergne Peguillen. Da die Postverwaltung den dringenden Wunsch hat, die Veränderung schon mit dem 1. Januar 1850 in Kraft treten zu lassen, so wird es zur Erfüllung dieses Wunsches großer Beschleunigung der Berathung in beiden Kammern bedürfen. — Bei derselben Kommission ist gestern die Berathung über den Theil des Einkommens- und Klassensteuer-Gesetzes, welcher die eigentliche Einkommensteuer betrifft, vollendet, und wird daher von dem Referenten, Abgeordneten Camphausen, hier ebenfalls unverzüglich die Ausarbeitung der Berichterstattung begonnen werden. — Der Prinz von Preußen verläßt heute Berlin, um die Truppen am Rhein und in Westfalen, demnächst in Süddeutschland zu inspizieren. Er gedenkt indeß schon zum Weihnachtsfeste mit seinem in Bonn studirenden Sohne hier wieder einzutreffen, und bis nach Neujahr zu verweilen. — Gestern ist ein Sohn des Großherzogs von Baden in Begleitung eines Adjutanten aus Karlsruhe hier angelangt und in Meinhards Hotel abgestiegen. Wie wir hören, tritt derselbe in preussische Militärdienste und zwar als Sekonde-Lieutenant in das 1. Garde-Regiment zu Fuß, welches in Potsdam steht. — Dem Vernehmen nach tritt zu Neujahr in Erfurt eine große politische Zeitung ins Leben, welche die gemäßigten-konserватiven Interessen wahrnehmen und in demselben Verhältnisse zu den Kommissarien des deutschen Verwaltungsrathes stehen wird, als zur Zeit der deutschen Nationalversammlung die Ober-Post-Amts-Zeitung zum Reichsministerium. Die Leitung dieser mit bedeutenden Mitteln und hervorragenden geistigen Kräften ausgestatteten neuen Zeitung übernimmt Dr. Ilse, früher Dozent an der Heidelberger Universität, ein Mann von ächt deutscher Gesinnung und bedeutender politischer Bildung. Von Seiten des Verwaltungsrathes sollen jenem Zeitungsunternehmen vortheilhafte Zusicherungen gemacht sein. — Im großen Treubunde ist jetzt ein vollständiges Schema ausgebrochen, in Folge dessen sich zwei Treubunde mit Gott für König und Vaterland konstituirt haben; der eine (ältere) unter dem Grafen Affeburg, der andere (neuere) unter dem Grafen Lückner. Die Mitglieder dieser Vereine haben

gegenseitig einen größeren Haß auf einander geworfen, als auf die Demokraten und beschuldigen sich der Reaktion, der Treulosigkeit und anderer politischer Missethäten. Am Sonnabend hielt der Lücknersche Treubund eine Sitzung im englischen Hause, als — wie man sich von jener Seite ausdrückt — der General von Malezewsky mit einer Herde Männer erschien, um die Sitzung zu stören und Jeden für einen Verräther an König und Vaterland erklärte, der noch ferner fortginge. Der Professor Ungelmann berief sich jedoch auf das Versammlungsrecht, sowie auf die der Polizei gemachte Anzeige, und warf dem General von Malezewsky den Verräther in den Rücken zurück. So erzwang man die Fortdauer der Sitzung. Die Statuten des Lücknerschen Treubundes sollen nächstens erscheinen. — Es wird uns aus guter Quelle versichert, daß die Partei Gerlach damit umgehe, den König zu veranlassen, dem Feldzeugmeister Haynau den schwarzen Adlerorden zu verleihen, wogegen sich jedoch der Minister v. Mantouffil, im Angesichte des bevorstehenden deutschen Reichstages, entschieden aufgelegt und einen Rückhalt an dem Prinzen v. Preußen gefunden habe. — In politischen Kreisen will man neuerdings wissen, daß die Grundsteuerfrage den Finanzminister Herrn v. Rabe zum Austritt aus dem Ministerium bestimmen dürfte. Es verlautet dabei indeß nicht, ob Hr. v. Rabe für oder gegen die Grundsteuerausgleichung ist. Auffallend mußte es bereits in der Sitzung der zweiten Kammer am 1. Dez. erscheinen, wenn Herr v. Rabe ein Amendement des Abg. v. Patow als bedenklich bezeichnete und drei Minister, die Herren v. Schleinitz, v. d. Heydt und v. Mantouffil dafür stimmten. So viel ist gewiß, daß die Grundsteuerfrage ihrer Lösung ferner liegt, als je und ein Theil der Privilegirten soll es bereits laut ausgesprochen, daß man wenigstens für diese Diät die Gefahr wieder glücklich abgewandt habe. — Der Waldeck'sche Prozeß bildet noch immer ein Hauptgespräch des Tages. Die Zeitungen enthalten Eingefandtes, worin der Polizeipräsident gerühmt und lebhaft gegen die Angriffe demokratischer Blätter geeifert wird, daß er sich unmöglich gemacht haben solle. Immerhin ist es beachtenswerth, daß man diese Eingefandtes für nöthig hielt, zumal die bedeutenden Insektionskosten derselben doch auch nicht Jedermanns Sache sind. Den Konstablern werden harte Dinge nachgeredet, die sie am Urtheilstage gegen das Publikum verübt haben sollen. In der Weberstraße wurde von ihnen eine Thür erbrochen, um das am Fenster beleuchtete Bild Waldeck's wegzunehmen. Ein ähnlicher Vorfall fand in der Mauerstraße statt, wo sich Waldeck's Büste von Lichtern umgeben auf einem Tische befand. Die meisten Illuminationen waren in der Frankfurterstraße, mußten aber auf Veranlassung von Schutzmännern von den Fenstern entfernt werden.

Nach der Spener'schen Zeitung wird schon am 2. Januar 1850 die Vereinigung des rheinischen Revisions- und Kassationshofes mit dem Ober-Tribunal stattfinden.

Nach der National-Zeitung sind vorgestern am Tage der Freisprechung Waldeck's 98 Personen verhaftet und noch nicht freigelassen worden.

C. B. Ueber den „rothrepublikanischen Emissär Saulier“, der in den Ohm'schen Enthüllungen eine so hervorragende Rolle spielt, und die Kreuzzeitung so oft beschäftigte, erhalten wir aus vollkommen glaubhafter Quelle folgende Mittheilung, die wenigstens zur Genüge darthut, daß „Saulier“ kein Franzose ist, womit die Vermuthung — denn mehr als diese ist nicht vorhanden — daß er für die französische Republik Propaganda gemacht habe, wegfällt. „Saulier“ heißt Reinhold Solger, ist in Preußen geboren und erzogen, ist der Nefte des bekannten Philosophen und Aesthetikers, Sohn eines preussischen Regierungsraths, auf den preussischen Schulen zu Jülichau und Halle a/S. gebildet, Schüler des Professor Leo in Halle, von der philosophischen Fakultät in Halle mit einem Preise für eine historische Abhandlung belohnt, später als Referendar bei der königl. Regierung in Potsdam beschäftigt, wo er den satyrischen Roman „Hans von Kagenfingen“ für das deutsche Taschenbuch dichtete. Er begab sich etwa 1844 nach England, wo er durch deutschen Sprachunterricht sich erhielt. Später ging er zu literarischen Zwecken nach Paris und kehrte von dort nach der Märzrevolution in sein Vaterland zurück. Da seine Gattin eine Französin war, so hielten die Spione auch ihn für einen Franzosen, und die Partei, der es ein Leichtes gewesen wäre, hierüber die Wahrheit zu erfahren, benutzte die Athernheit ihrer Spione, um das leichtgläubige gespensterfürchtige Publikum mit dem „französischen Emissär“ unausgesetzt zu äffen.

Die Regulirung der Oder auf der 2½ Meilen langen Strecke von Köben bis Urschau (Reg.-Bez. Breslau) ist endlich durch den Oberbaurath Becker durch Einschränkungswerte erfolgt. Damit ist ein Anfang zu einem Unternehmen von unberechenbarer Wichtigkeit, zur Regulirung des Oderstromes gemacht.

In der vielregierten Angelegenheit der nieder-schlesisch-märkischen Eisenbahn hat jetzt die

Direktion eine neue Denkschrift verfaßt, welche dem Grafen Brandenburg, als Chef des Staatsministeriums, übergeben werden soll. Desgleichen wird ein Gutachten von sechs der angesehensten hiesigen Rechtskundigen über die rechtliche Lage dieser Angelegenheit abgegeben werden. (Vof. 3.)

[Gesellschaft für Handel und Gewerbe.] In Erwägung wurde gezogen: ob die Konferenz der Gewerbetreibenden in Frankfurt, welche den Zollanschluß mit Oesterreich bespricht, von irgend einem praktischen Nutzen sei? Das Resultat der Berathung war, daß Oesterreich ein wohlverrechnetes Manöver mache, um die Süddeutschen zu gewinnen. Allein Baiern und Württemberg werden ihren politischen Eigensinn den Finanzen opfern müssen. Oesterreichs Bälle liefern 18 Sgr. pr. Kopf und der Zollverein 28 Sgr. und dafür hat selbst ein v. d. Pfordten Gefühl. Uebrigens kann uns ein, jene Nachteile vermeidender Anschluß (welcher allerdings nur nach und nach angestrebt werden kann) nur erwünscht sein. Schlesiens Eisenindustrie würde ungemein durch einen Markt gewinnen, wo der Centner Schienen noch sieben Thaler gilt; allein eben darin liegt auch eine Nothwendigkeit für Oesterreich, sich freundschaftlich zu bezeugen. — Auch unsere Lächer finden guten Markt und dagegen würden österreichische Shawls und Seidenwaaren auch die deutschen Märkte mit Glück besuchen. Gute Sache will Weile haben und deshalb möge der österreichische Vorschlag auf der Tagesordnung bleiben, ohne eiligeren Sachen nachzusetzen. Man muß das behandeln, wie etwa die Kammer die Grundsteuerfrage! (P. C.)

C. C. [Sitzung der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Stats vom 17. November. — Fortsetzung.]

d. Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung verschiedener Provinzialschulden.

Im Allgemeinen wurde über diesen Titel bemerkt, daß nach dem königl. Erlasse vom 2. November 1822 (Ses.-S. 229) die Feststellung der Provinzial-Staatsschulden, sowohl in Betreff ihrer Qualität, als der Verbindlichkeit des Staats zur Zahlung des Betrags und Zinsesages allein der Hauptverwaltung der Staatsschulden gebühre und daß deshalb die Tilgung und Verzinsung solcher Provinzial-Staatsschulden auch nur allein auf den Etat der gedachten Hauptverwaltung gehöre. Auch bestimme der Artikel 21 des Staatsschuldengesetzes vom 17. Januar 1820, daß die einzelnen Provinzen und Kommunen bewilligten Voranschläge zur Verzinsung und Tilgung ihrer Provinzial- und Kommunal-Kriegsschulden auf den Etat der Hauptverwaltung der Staatsschulden verausgabt werden sollen. Hieraus folge, daß unter den Passiva der General-Staatskasse ein Etatartikel zur Verzinsung und Tilgung von Provinzial-Schulden gar nicht vorkommen könne.

Die einzelnen in der hier vorausgabten Summe von 52,920 Rthlr. enthaltenen Zuschüsse sind folgende:

1) Zur Verzinsung und Tilgung der ehemaligen Neuvorpommerschen Landkassenschulden 29,220 Rthlr. 7 Sgr. 3 Pf. Die Schulden des Landkassens zu Stralsund (der ständischen Kasse von Neuvorpommern) betrugen im Jahre 1823 und 1824 eine Summe von 187,004 Rthlr. und waren mit 5 Proz. zu verzinsen. Bei Einführung der Steuer-Gesetze aus der Gesetzgebung der Jahre 1818 bis 1820 in Neuvorpommern wurden die vorgefundenen alten Steuern, die sogen. Kopf-, Stand- und Viehsteuer, aus welchen die ständischen Schulden verzinst und amortisirt wurden, als unverträglich mit der neuen Steuer-Gesetzgebung aufgehoben und dagegen die gedachten Landkassenschulden auf Staats-Fonds übernommen. Es ergab sich indeß aus der Prüfung der späteren Schicksale dieser Schuld, daß dieselbe aus der Staatskasse bereits bezahlt sei. Es wurde deshalb beschlossen, daß der durch eine Fiktion noch als fortbauend aufgeführte 195,290 Rthlr. 11 Sgr. betragende Kapitalrest als außerordentlich getilgt in Ausgabe und hier in Abgang gestellt werden solle.

2) Zuschuß der Stadt Königsberg in Pr. zur Regulirung ihres Schuldenwesens bis 1862 jährlich 12,000 Rthlr.

Der Theil der Königsberger Stadtschulden, welchen die Staatsschulden-Verwaltung auf ihren Etat übernommen hat, ist im Laufe dieses Jahres vollständig getilgt worden. Außerdem ist aber mit Rücksicht auf die großen Opfer, welche die Stadt Königsberg während der französischen Okkupation im Interesse der ganzen Provinz gebracht und auf die Verluste, welche sie später durch den Wegfall des städtischen Detrets für Branntwein erlitten hat, so wie auf die schlechte Lage des städtischen Haushalts durch die Dröbe vom 22. Juni 1842 außer einem namhaften Steuer-Erlaß ihr aus Gnade und in der Erwartung, daß die Stadt es sich angelegen sein lassen werde, auf eine Beschleunigung ihrer Schuldentilgung hinzuwirken, vom 1. Januar 1843 ab auf 20 Jahre eine Jahresrente von 12,000 Rthlr. bewilligt worden.

Die Central-Kommission hat gegen die Fortzahlung dieser Rente zwar nichts erinnert, hält es aber für erforderlich, daß sie unter Littr. a. der Passiva der General-Staatskasse in Ausgabe gebracht und unter Littr. d. in Abgang gesetzt werde.

3) Zuschuß zur Tilgung der ständischen Schulden der Niederlausitz 5000 Rthlr.

Zur Tilgung der Kriegsschulden der Niederlausitz ist durch die allerhöchsten Ordres vom 23. Juli 1829 und 30. März 1836 eine jährliche Beihilfe bewilligt, welche für die ersten beiden Amortisationsperioden oder bis zum Schlusse des Jahres 1854 jährlich 5000 Rthlr. betragen.

Auch dies ist eine reine Gnadenbewilligung, welche von diesem Titel abgeleitet und auf Littr. a. der Passiva der General-Staatskasse übertragen werden muß. Zugleich wird hier wie bei Nr. 2 die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung für die bestimmungsmäßige Verwaltung dieser Rente zur Schuldentilgung in angemessener Weise Sorge tragen werde. Dasselbe gilt von dem

4) Zuschuß zur Verzinsung und Abtragung der Schulden des Stiftes Raumburg und Merseburg 6700 Rthlr.

Durch die allerhöchste Ordre vom 19. Januar 1833 ist den Domstiften zu Merseburg und Raumburg vom Jahre

1833 ab 42 Jahre lang, also bis einschließlich 1874 zur Verzinsung und Abtragung ihrer Schulden eine jährliche Rente von 4500 Rthlr. resp. 2200, zusammen 6700 Rthlr., bewilligt worden.

Gegen die Fortsetzung der Rente, welche auf einer Gnadenbewilligung beruht, ist sonst nichts erinnert worden.

† **Ofen, im Dezember.** [Die polnischen Legionen in Ungarn. — Fortsetzung.] Die wichtige Schlacht bei Wajen siegreich zu erkämpfen hatten die polnischen Truppen am meisten beigetragen, und man erkannte dies auch an, indem das ganze magyarische Corps vor unserm Bataillon befiel, und beim Schall polnischer Märsche unsere Standarte mit dem Ehrenzeichen geschmückt wurde. Wir folgten dem retirirenden Corps des Fürsten Sablonowski, der jedoch über den Gran und die Donau ging, sich mit andern Corps bei Nagy-Sarlo vereinte und eine feste Stellung nahm. Wir griffen den 19. April an, die Polen standen im Centrum vor dem Städtchen — wir nahmen um 10 Uhr Morgens im Sturmschnitt, das Bajonett in der Hand, Nagy-Sarlo, schlugen auf den Barricaden die fliehenden Oesterreicher mit den Kolben nieder. Erst hinter der Stadt wurden wir in der Verfolgung durch bedeutende Uebermacht aufgehalten, hielten uns jedoch in einem Graben, der uns schützte, und thaten dem Feinde durch gutes Schießen großen Schaden. Endlich kamen die Hauptcorps und die magyarische Artillerie uns nach; Klapka erfocht einen glänzenden Sieg und verfolgte die Feinde bis spät Abends. Unsere einzige Ulanenschwadron machte 2000 Gefangene. Schon den andern Tag nach der Schlacht marschirten wir auf Komorn zu, um es zu entsetzen. Görgey verfolgte den Feind bis Gran, wo er, trotz aller Vorstellungen von Offizieren, namentlich der Polen, die in Unordnung fliehenden österreichischen Truppen ruhig über den Fluß setzen ließ, obgleich auch nicht ein Mann hätte entgehen können. Das linke Ufer der Donau war ganz vom Feinde verlassen und wir kamen ohne Schuß nach Komorn. Wir fanden die Stadt sehr verwüstet und viele Bewohner innerhalb der Schanzen in Hütten. Es war eine große Nachlässigkeit des vorigen Kommandanten Maß, die Schanzen jenseits der Donau vom Feinde nehmen zu lassen, und demnach beschloß auch sogleich Klapka, den Fehler gut zu machen. Wir bauten unterm heftigsten Kugeltregen eine Brücke und marschirten um 10 Uhr in der Nacht in großer Stille über die mit Stroh gedeckte Brücke, gingen mit dem Bajonnet auf den Feind los, nahmen die Schanzen und 16 Kanonen. Damianicz war in derselben Nacht mit seinem Corps über die Donau gegangen und Görgey sollte ebenfalls während der Schlacht eintreffen. Wir schlugen uns mit großer Wuth, unser linker Flügel wurde geschlagen und zum Rückzug gezwungen — Görgey kam nicht, endlich erst um 8 Uhr Abends, die Schuld wurde einem General Caspari zugeschrieben, welcher auch verhaftet wurde. Den andern Tag ging Wysocki mit seiner ganzen Division zu einer großen Recognoscirung. Wir nahmen hierbei viele Furgons und Bagage und einen Courier mit wichtigen Depeschen. Wysocki wurde zum General ernannt mit dem Befehl, in Miskolcz ein vollkommen polnisches Corps zu bilden. Nun begann die Belagerung von Ofen, sie gelang um so mehr, da ein Bataillon Galizianer vom Regiment Wilhelm und ein Bataillon Ecceperci uns nicht nur nicht Widerstand leistete, sondern auf die Mauern hinauf zog. Die Kroaten und die Artillerie schlugen sich mit Fanatismus für die schlechte Sache und nahmen keinen Pardon. — Am Ende dieses Feldzuges übernahm Dembinski die Führung eines neugebildeten Corps, bei dem sich 2 Bataillone Polen und 4 polnische Kanonen befanden, er vertrieb ohne Widerstand das aus Galizien eingedrungene Hammersteinsche Corps aus Kaschau, Bardsow und ganz Obergungarn. — Wir verlebten in Miskolcz jetzt eine herrliche Zeit. Zwei Bataillone Polen komplettirten, das dritte bildete sich. Von 2 polnischen Ulanen-Regimenten waren von jedem 3 Escadronen komplet, außerdem 2 Batterien, von denen die eine in Ordnung war. Es organisirten sich polnische Sappeurs, eine Handwerker-Compagnie und ein Arsenal. — Die Ungarn waren Anfangs auch sehr beglückt über den günstigen Feldzug und schwärmten für Görgey, der doch so oft als Feldherr gefehlt hatte. Der Anmarsch der Russen machte sie stübig, uns Polen aber desto zuversichtlicher. Wir waren gewiß, daß die 200,000 gut gerüsteten Magyaren und wir mit Leichtigkeit das russische Heer vernichten und dann unser Vaterland befreien werden. — Die Russen sammelten sich bei Duka. Dembinski stellte der Regierung vor, wie er mit einiger Verstärkung die Russen schlagen und alle Engpässe nach Ungarn werde besetzen können. Görgey antwortete ihm als Kriegsminister beleidigend und mit Spott, so daß Dembinski sofort das Kommando niederlegte und es dem Wysocki übergab. — Die gesammelte russische Armee drang indessen vor, wir zogen uns zurück, vereinten uns mit Göngyes, dann mit Perczel — Wysocki wurde zum Hauptführer ernannt. Zum ernstlichen Kampfe kam es nicht, bei Borsdow schlug unser 2tes Bataillon die Bajonnet-

*) Vergl. Nr. 268, 269, 273, 274 u. 285 der Bresl. Ztg.

Attake von 3 russischen dreimal zurück, und bei Kaschau fiel der Capitain Stobiecki, Chef des Stabes. Beim Ausmarsch aus Szegedin kamen als Ueberläufer zu uns 1 Major, 1 Rittmeister, 2 andere Offiziere und einige Gemeine von einem Ulanen-Regiment. Sie theilten uns mit, wie erbittert die Russen auf die Juden (Oesterreicher) wären, nur ungern dienten und in der ersten Schlacht sich zerstreuen würden. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Stuttgart, 1. Dezember. In der heutigen Abend-sitzung der verfassunggebenden Versammlung wurde Schoder zum Präsidenten, Ködinger zum Vizepräsidenten (beide mit 39 Stimmen unter 58) gewählt. Auf Seegers Antrag wurde dann noch eine staatsrechtliche Kommission zur Berathung über die königliche Verordnung, den Ständeseid betreffend, ernannt und die nächste Sitzung auf den 3. Dezember anberaumt.

Dresden, 3. Dezbr. **) [Zweite Kammer.] In der heutigen Sitzung wurde über den Antrag: den in einigen Bezirken erklärten Kriegszustand wieder aufzuheben — debattirt. Nachdem fast alle Redner für und nur die Minister gegen den Antrag gesprochen, erhält der Antragsteller Müller das Wort. Die Regierung stelle sich nicht auf einen vormärzlichen, sondern sogar auf einen vorläufigen Standpunkt, wenn sie es von ihrem hohen Standpunkte aus nicht einmal für nöthig erachte, Gründe anzugeben, sondern Alles, was man befehlen vorbringe, zurückweise und Gründe von der Volksvertretung verlange, wo es Sache der Regierung sei, dergleichen zu geben. Man spreche verächtlich von Agitationen und bezeichne sie doch nicht näher. Er müsse dagegen darauf hinweisen, daß auch die Regierung Aufregung hervorbringe. Als Beweis dafür bringt er den (neulich schon bei den Affären von Joseph benutzten) Artikel der Leipziger Zeitung, worin Detroyirung eines Wahlgesezes in Aussicht gestellt war. Er sei durch und durch ein Mann des Gesezes, aber er werde auch nie dulden, daß der Boden des Gesezes von anderer Seite unterwühlt werde. Die Nachrichten, welche die Regierung von Agitationen erhalten, möchten übrigens an Glaubwürdigkeit denen Dhm's und Göb's nicht nachstehen. Er schließt mit dem Wunsche, daß die Regierung durch Aufhebung jener Ausnahmezustände dem Wunsche des Sachsenvolkes entgegenkommen möge, wozu der uns dem Namen nach unbekannte Regierungskommissar, welcher noch nicht gesprochen, zu unserm Bedauern den Kopf schüttelt. — Bei namentlicher Abstimmung erklärte sich fast die ganze Kammer für den Antrag, indem nur die Abgeordneten v. Friesen, Harkort, Herold, Hohlfeld, Mros, Sommer und Woland dagegen stimmten. (Dresd. Z.)

Altona, 4. Dezember. [Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.] Der hiesige neue Bürgerverein hat in seiner letzten General-Versammlung den Beschluß gefaßt, an die zweite Kammer der hannoverschen Stände-Versammlung für ihren in der Sitzung vom 24. November in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gefaßten Beschluß eine Dank-Adresse zu richten. Die Adresse ist bereits entworfen und, mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder bedeckt, wird sie in diesen Tagen nach Hannover abgehen. — Gestern langte der Justizrath Schleiden hier an. Derselbe geht, dem Vernehmen nach, im Auftrage der Statthalterschaft nach Berlin. — Die Nachrichten aus Kopenhagen sind jetzt sehr friedlicher Natur und man hofft dort wie hier fast mit Bestimmtheit auf Frieden. Inzwischen werden permittirte Schleswiger, welche im dänischen Heere dienen, aufgefordert, sich bei ihren resp. Corps zu stellen. (H. E.)

Oesterreich.

Wien, 2. Dezember. [Nach der Konstit. Ztg.] Die Deutsche Allgemeine Zeitung enthält heute die vielbesprochene „Weisung“ der österreichischen Regierung an Freiherrn v. Prokeš. Es ist dasselbe Altkstück, von dessen Existenz wir schon früher berichteten, dessen Ton wir hinreichend besprochen und welches der kaiserlichen Zeitung Gelegenheit zu jener telegraphischen Depesche gegeben hat. Wenn die Deutsche Allgemeine Zeitung sich wundert, daß der Staatsanzeiger den Eingang einer „Note“ an die preussische Regierung desavouirte, während sie doch im Stande sei, dieselbe mitzutheilen, so hat sie nur das Mißverständnis begangen, eine „Weisung“ der Regierung an ihren eigenen Gesandten, die als solche keinen internationalen Charakter hat, mit einer Note an eine fremde Regierung zu verwechseln. Auffallend ist es freilich, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung es ist, die sie mitzutheilen in Stand gesetzt ist, da sich doch, die höchst großdeutsche Gesinnung der D. A. Z. in Ehren, die österreichische Regierung über die Publika-

*) Wie bereits in der vorgestr. Bresl. Ztg. gemeldet.

**) Die sächsischen Eisenbahnzüge scheinen so wie die Wiener immer noch nicht in Ordnung zu sein, da die Dresdener und die Leipziger Blätter fast stets verspätet hier eintreffen.

tion anderer Depeschen in Baiern mit vielen Worten beklagt hat.

Weisung an Herrn v. Prokeš in Berlin, do dato Wien, 12. Nov. 1849. Die kaiserliche Regierung hat das von ihr beauftragte Recht, mit mehreren der Mitglieder des deutschen Bundes in ein besonderes Bündniß zu treten, ausdrücklich aus den Bestimmungen des Artikels XI. der deutschen Bundesakte abgeleitet und bei jeder sich darbietenden Veranlassung die bestimmtesten Zusicherungen gegeben, daß sie nie aufhören werde, die Verträge, auf welchen der im Jahre 1815 gegründete deutsche Bund beruht, heilig zu halten und denjenigen Staaten gegenüber, welche dem von Preußen beabsichtigten Sonderbündnisse nicht beizutreten gesonnen wären, alle aus den erwähnten Verträgen zustehenden Rechte und Pflichten vorzubehalten. Die uns durch diese feierlichen Erklärungen gegebenen Bürgschaften bilden die Grundlage unserer seit dem Beginne des Monats Mai mit dem preussischen Kabinete gepflogenen Unterhandlungen, und diesen Bürgschaften vertrauend, sahen wir der Erfüllung der Zusage entgegen, vermöge welcher der Vertrag vom 26. Mai in seiner Ausführung mit dem nach Preußens wiederholt ausgesprochener Ueberzeugung in voller Kraft bestehenden Bundesrechte in Einklang gebracht werden sollte. Wir haben keinen Augenblick das Ueberaus Schwierige dieser Aufgabe verkannt. Da uns jedoch deren Lösung so bestimmt verheißen war, mußten unsere Bedenken der uns eingefloßten Zuversicht weichen. Zu unserm nicht geringen Bedauern brachte uns nun der Staatsanzeiger vom 22. v. M. höchst merkwürdige und überaus bedauerliche Aufschlüsse über die Ansichten, welche die kaiserliche Regierung demal in dieser wichtigen Frage genommen zu haben scheint. Diese Ansichten finden ihren Ausdruck in einer vom Staatsminister v. Bodelschwing am 17. v. M. in einer Sitzung des Verwaltungsrathes abgegebenen Erklärung. Die Grundsätze, welche dieselbe aufstellt und entwickelt, stehen in offenem Widerspruch mit jenen, die das preussische Kabinete bisher verkündet hat, und sind in ihren Folgerungen so wichtig, daß wir uns dagegen auf das Entschiedenste verwahren müssen. Zu diesem Ende wollen wir es versuchen, den Kern dieser umfangreichen und ungemessen künstlichen Rechtsausführung in Kürze zusammenzufassen, um dessen Gehalt desto scharfer prüfen zu können.

Hr. v. Bodelschwing stellt die Behauptung auf, daß die Bundesverfassung nicht mehr zu Recht bestehe, indem mit der Bundesversammlung nicht nur eine Form, sondern die wesentlichste organische Einrichtung des Bundes untergegangen sei, ohne daß irgend ein Bundesglied ein Recht auf deren Wiederherstellung habe. Hieraus leitet er den Schluß ab, daß der zu errichtende Bundesstaat nicht in den Fall kommen könne, mit der nicht mehr gültigen Bundesverfassung in Widerspruch zu geraten, während die aus dem Bundesvertrage vom Jahre 1815 entspringenden Rechte und Pflichten, insoweit sie überhaupt noch einen Gegenstand haben, durch die Verfassung des neuen Bundesstaats in keiner Weise verletzt werden, indem die Wahrung dieser Rechte und Pflichten zugesagt worden. Um einer vorhergesehenen Einwendung im Voraus zu begegnen, spricht Herr v. Bodelschwing die von ihm aus dem Art. VII. der Wiener Schlussakte geschöpfte Ueberzeugung aus, daß es für den Willen und das Handeln des Bundes, wie für die Anwendung des Bundesrechts kein anderes Organ, als die Bundesversammlung geben solle und dürfe und die am 12. Juli v. J. ins Leben getretene provisorische Centralgewalt nicht als deren Nachfolgerin betrachtet werden könne, da mit der gleichzeitig erfolgten Auflösung der Bundesversammlung auch die Organisation des Bundes aufgelöst worden sei, wonach die Centralgewalt nur als eine aus dem augenblicklichen Bedürfnisse der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten hervorgegangene, einstweilen anerkannte Behörde anzusehen ist, welcher jede weitere Geltung abzusprechen wäre, wenn sie auch nicht schon ihrer monarchischen Form wegen ungeeignet gewesen sein würde, den Ausdruck des Bundes, als eines Vereins selbstständiger und gleichberechtigter Staaten, abzugeben, und wenn sie nicht ohnehin durch die Auflösung der deutschen Nationalversammlung der Grundlage ihres Daseins beraubt, rechtlich fortzubestehen hätte aufhören müssen. Nach Herrn v. Bodelschwings Ansicht hat nicht das seines Organs entbehrende, daher mit ihm untergegangene Bundesrecht, sondern lediglich die Nachwirkung dieses Rechts und das Bewußtsein des Zusammengehörens die Staaten noch in einer Gemeinschaft erhalten und Deutschland vor dem Zustande der völligen Verfassunglosigkeit und Zersplitterung bewahrt.

Die von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrathes aufgestellten Behauptungen lassen sich auf folgende Sätze zurückführen: 1) Die Bundesverfassung ist gemeinschaftlich mit ihrem wesentlichsten Organe, der Bundesversammlung, untergegangen, somit der Bund selbst als aufgelöst zu betrachten. 2) Der von Preußen zu gründende Bundesstaat kann daher mit der erloschenen Bundesverfassung nicht mehr in Widerspruch treten. 3) Die Rechte und Pflichten, welche auf der Bundesakte beruhen, sind von der Bundesverfassung zu unterscheiden. 4) Diese Rechte und Pflichten, insoweit sie überhaupt noch einen Gegenstand haben, bestehen fort und werden von der Verfassung des zu errichtenden Bundesstaats nicht verletzt. Als die noch bestehenden Rechte werden jene auf gegenseitige Hülfsleistung, auf die Garantie der Integrität der einzelnen Staaten und auf deren verhältnismäßigen Antheil am Bundesvermögen aufgeführt. Um diese Sätze zu beleuchten, wird es vor Allem erforderlich sein, den Begriff der Bundesverfassung festzustellen. Auch wird sich der Ansicht, daß eine Verfassung nicht aus den einzelnen Regeln und Vorschriften bestehe, welche in der Verfassungsurkunde zusammengestellt sind, und daß daher die deutsche Bundesverfassung nicht bloß die Summe der Bestimmungen und Artikel der Bundesakte und der Wiener Schlussakte sei. Dagegen aber können wir unmöglich dem ausgesprochenen Grundsatz beipflichten, daß die Wesenheit der Bundesverfassung nur in einem konkreten Organismus und in einer unwandelbar bestimmten Gliederung der zur Zeit ihrer Feststellung vorhandenen Verhältnisse und Einrichtungen bestehe, und daß daher durch eine aus freier Zustimmung aller Theilnehmenden hervorgegangene Abänderung in dem bisherigen Organismus der gemeinschaftlichen Leitung der Bundesangelegenheiten die Auflösung des Bundes selbst, nothwendig herbeigeführt werden müsse. Noch weniger vermögen wir zu begreifen, wie nach dem behaupteten Unter-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

gange der Bundesverfassung, außer den Ansprüchen auf das Bundeselgentum, noch andere Rechte und Pflichten, deren Bestimmung jedenfalls nur eine willkürliche sein würde, fortbestehen können, und wir müssen selbst dann, wenn ein solcher Widerspruch zu lösen wäre, dem Verwaltungsrathe jede Befugnis absprechen, über die Beschaffenheit und den Umfang solcher Rechte ein Urtheil zu fällen. Für uns ist die Bundesverfassung ein bindender, somit nur durch Zustimmung aller Beteiligten zu lösender Vertrag, durch welchen ein beständiger völkerrrechtlicher Verein gegründet werden wollte.

Dieser Vertrag und somit die aus ihm hervorgegangene Bundesverfassung zerfallen in drei Theile, deren erster den Zweck und die Bestimmung des Bundes ausdrückt. Der zweite setzt die Rechte fest, welche durch den Eintritt in den Bund erworben werden, und bezeichnet die diesen Rechten entsprechenden, so wie die durch den Bundeszweck auferlegten Pflichten gegen die Gesamtheit und gegen jedes einzelne Bundesglied. Die dritte endlich verordnet die organischen Einrichtungen zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten. Unserer Ueberzeugung nach liegt daher die Wesenheit der Bundesverfassung in dem durch sie ausgesprochenen Bundeszweck und in den aus ihr abgeleiteten Rechten und Verpflichtungen. Alles Uebrige ist un wesentlich, von untergeordnetem Belange, und kann eine Abänderung erfahren. Daß dem so sei und derlei Abänderungen bereits bei Gründung des Bundes vorgeesehen worden sind, beweisen die in der Bundesakte und in der Wiener Schlussakte getroffenen Anordnungen, welche die Bedingungen festlegen, unter denen die organischen Einrichtungen modifizirt werden können. Auch müssen wir in Abrede stellen, daß es unmöglich sein sollte, die Bundesversammlung durch ein anderes Organ zu ersetzen, welches geeignet wäre, den Bund als einen Verein unabhängiger und selbstständiger Staaten in seiner Gesamtheit vorzustellen. Wir müssen in Abrede stellen, daß nicht jedem der Bundesglieder das Recht zustehe, die Bildung eines neuen verfassungsmäßigen Organs der Gesamtheit zu fordern. Wir müssen endlich in Abrede stellen, daß bis zur Einsetzung eines solchen Organs nicht einem jeden der Bundesglieder das Recht zukomme, seine verfassungsmäßigen Ansprüche, insoweit dies unter solchen Verhältnissen möglich ist, selbst geltend zu machen und dieselben durch den Ausdruck seines bundesgesetzlich begründeten Willens zu vertreten.

(Der Schluß folgt morgen.)

Prag, 3. Dezember. [Kriegerisches.] Nach dem „Soldatenfreund“ hat das in Nordböhmen stehende Armeecorps des Erzherzog Albrecht Befehl bekommen, sich für den eventuellen Fall eines Marsches bereit zu halten. Auch das Bombardiercorps in Olmütz soll sich marschfertig halten, und nach Gerüchten, die in Prag circuliren, (deren Richtigkeit wir aber noch nicht verbürgen wollen) soll auch der Waarentransport auf der Nordbahn für einige Zeit eingestellt werden. — Die Deutung aller dieser Nachrichten und Gerüchte ist nicht schwer, obwohl auch da wieder Varianten herrschen, denn während die Einen behaupten, es gelte, Preußen zur Aufrechthaltung des Interims zu zwingen, meinen die Andern, es gelte viel eher der Stillsitzigkeit der Demokraten in den kleineren deutschen Staaten zu imponiren. In ersterer Hinsicht wird uns aus Wien vom 1. Dezember geschrieben, daß am 29. November ein Kabinetsekretär mit einer Depesche nach Berlin abgegangen sei, worin sich Fürst Schwarzenberg energisch gegen die deutsche Politik Preußens und gegen den Zusammentritt des Erfurter Reichstags erkläre und die Erfüllung der Bedingungen des Interims mit aller Kraft fordere. (Prager Bl.)

* Breslau, 6. Dezember. Weber die gestern noch die heut fällige Wiener Post ist bis jetzt angekommen, es fehlen also die Nachrichten aus Wien vom 4. und 5. Dezember.

Großbritannien.

London, 3. Dezbr. [Die ungarische Emigration.] Es ist hier und in Paris bereits eine so ansehnliche Zahl von bedeutsamen, einflussreichen ungarischen Flüchtlingen bekommen, daß die Konstituierung eines ungarischen Central-Comité in London nicht länger aufgeschoben werden konnte, so sehr einige von den Emigranten selbst, welche auf Amnestie hoffen, diesen Ausschub betrieben hatten. Die Aussicht auf die nahe Freiwerdung Kossuth's und seiner Leidensgefährten hat sich leider wiederum getrübt, und die Bildung eines Central-Comité ist dadurch um so dringender geworden. In der letzten Zusammenkunft der ungarischen Flüchtlinge ist nun General Klapka einstimmig zum Präsidenten gewählt worden. Die bedeutendsten Namen aus der ungarischen Emigration hier und in Paris sind: General Klapka, Ministerpräsident Szemere, Bischof M. Horvath, Graf Teleki, Graf Paul Esterhazy, Debön Beöthy, Oberst Szabo, Franz Pulszky, M. Dioso und Oberst-Leutnant Mednyansky. Vom General Klapka, Szemere, Dioso und Pulszky werden demnächst höchst interessante historische Arbeiten über die ungarische Revolution erscheinen. Für den 6. dieses wird ein englisches Dampfboot aus Konstantinopel mit direkten Nachrichten von Kossuth erwartet. Vielleicht werden wir aber gar mit der Ankunft

Kossuth's selbst überrascht. — Die Königin Mutter ist gestern gestorben. *)

Frankreich.

Paris, 3. Dezember. [Tagesbericht.] Die mehrfach erwähnte Ansprache L. N. Bonaparte's an die neuen Präfekten, in welcher er zur Agitation für seine Wiederwahl aufgefordert haben soll, konnte nicht unterlassen, zu einem Incidenzfalle auf der Tribüne Veranlassung zu geben. Der Deputirte Bac beantragte heute die Autorisation, das Gouvernement über diesen Gegenstand interpelliren zu dürfen. Allein die Majorität schien kein Verlangen nach einer Debatte über diesen Gegenstand zu haben und verweigerte die Autorisation, indem sie sie auf 3 Monate hinausgeschoben hat. — Nach verschiedenen Anzeichen ist der Präsident der Republik mit dem Ministerium nicht ganz in Uebereinstimmung. „Le Crédit“, ein Journal, das man als ein halboffizielles Organ des Elysée ansehen kann, enthält z. B. heute folgende Note, welche auf ein baldiges Ausscheiden Fould's aus dem Kabinet schließen läßt: „Ein Theil der Nationalversammlung scheint die Getrunkener unterstügen zu müssen und wir hoffen, daß die Versammlung begreifen wird, daß es um die Sache, die sie vertritt, geschehen ist, wenn sie sich von Herrn Fould leiten läßt. (Fould will bekanntlich die Aufrechthaltung der Steuer.) Die Männer der konservativen Partei müssen dem Volke beweisen, daß sie sich ernstlich mit seinem Wohle beschäftigen; sie müssen dem Präsidenten der Republik in allen Maßregeln, welche die legitimen Wünsche der arbeitenden Klassen zu befriedigen geeignet sind, energische Unterstützung gewähren.“ — Andererseits will man wissen, daß die Amnestiefrage ein bedrohliches Zerwürfniß zwischen dem Präsidenten und dem Conseil hervorrufe. Der Präsident soll nämlich die Absicht haben, noch eine weitere Amnestie zu erlassen, welche auch die jüngst in Versailles Verurtheilten umfassen soll; das Conseil ist entschieden dagegen. — Die orientalische Frage taucht wieder auf, und die verschiedensten Gerüchte sind darüber in Umlauf. Die Einen behaupten Frieden, die Andern Krieg. Während „Le Siècle“ meldet, daß das englische Kabinet beschlossen hat, die italienische Politik Louis Napoleon Bonaparte's zu unterstützen, wenn dieser die Verpflichtung übernehme, sich in der orientalischen Frage nicht von England zu trennen — heißt es im „Evenement“, daß nach heute aus London eingegangenen Privatnachrichten die englische Flotte Befehl erhalten habe, sofort zurückzukehren, was die Zurückberufung Stratford Canning's aus Konstantinopel und den Rücktritt Palmerston's zur Folge haben würde. Ich darf wohl erst kaum hinzufügen, daß die Nachricht des „Evenement“ nichts mehr als ein sehr unbegründetes Gerücht ist, da die englischen Blätter noch keine Silbe davon erwähnen. — Zu dem am 10. Dezember im Stadthause stattfindenden Ball sind 6000 Personen eingeladen. — Aus Rom ist nur das Eine zu melden, daß ein Mann versucht hat, die drei Kardinalen der Regierungskommission zu ermorden. So wenigstens meldet es das römische Journal. Gewiß ist jedoch nur, daß dieser Mann, der sich ganz allein bei den Kardinalen einfand, sich selbst in ihrer Gegenwart ermordet hat, woraus aber noch nicht zu folgern ist, daß er die Kardinalen habe ermorden wollen.

Lokales und Provinzielles.

SS Breslau, 6. Dezbr. [Katholischer Central-Verein.] Der Vorsitzende macht die Mittheilung, daß die Damen nächsten eine Ausspielung selbstgefertigter Handarbeiten veranstalten würden, um den Ertrag einem katholischen Wohlthätigkeits-Verein als Weihnachtsgeschenk zu übermachen. Domdechant Ritter hat in der ersten Kammer Urlaub genommen, um einige Zeit hier selbst zu verweilen. Bei seinem gestrigen Auftritte im Vereine wurde er mit Beifall begrüßt. Der Redner lieferte ein Bild der Kammern und ihrer Thätigkeit. Ref. v. Mitschelski entwirft eine Schilderung der französischen Nationalversammlung und der hervorragenden Persönlichkeiten in derselben. Kuratus Welz hielt einen ausführlichen Vortrag über die Frage: ob auch ungetaufte Kinder selig werden. Schließlich sprach Stud. Wolf über das oft berregte Thema: die Freiheit der katholischen Kirche.

S Breslau, 6. Dezbr. [Gewerbe-Verein.] In der letzten Sitzung, für welche wiederum eine General-Versammlung berufen ward, präsidirte der Regierungskonferenz-Präsident v. Kottwig. Den ersten Gegenstand der Unterhaltung bildete die Fabrikation von Metallschrauben mittelst neuer Vorrichtungen. Mechanikus Steinmetz erläuterte seinen Vortrag durch einige von ihm selbst gefertigte Modelle. Hierauf erstattete der Vereins-Sekretär, Herr Dr. Bürkner, Bericht über das Verfahren des Vorstandes im Interesse der projektirten Gewerbehalle. Man habe sich Aufschlüsse über den Zustand der bestehenden Gewerbehallen ge-

*) Eine telegraphische Depesche der Berl. Nat.-Ztg. enthält dieselbe Nachricht.

heret Städte verschafft. Einen sehr guten Erfolg lieferte das Institut in Königsberg, welches vom Mai bis Oktober d. J. einen Absatz von 19,774 Thälern hatte, gleichzeitig 635 Thlr. an Provision und etwa die Hälfte dieser Summe an Lagermiete gewann. Der Redner widerlegt nun die in voriger Sitzung erhobenen Bedenken gegen das fragliche Institut. Tischlermeister Hermann macht auf den schlimmen Zustand der hiesigen Tischlerhalle aufmerksam. Hierauf erwiderte Herr Bürkner, das Tischlergewerbe leide durch die großen Möbel-lager der Kaufleute. Conditor Friedrich vertritt seine früher ausgesprochene Ansicht. Das neue Institut werde nur für diejenigen Handwerker von Nutzen sein, welche mit dem Verkauf ihrer vorräthigen Waaren keine Eile haben. Es müßte dann der Aermere für den Reichen arbeiten und sich mit einem noch so geringen Verdienste begnügen lassen. Endlich hält der Redner nur die Innungen als Corporationen befugt, derartige Institute zu errichten. In ähnlicher Weise spricht sich Posamentirer Zeißig aus, er will die Errichtung der Halle für ruhigere Zeiten aufgeschoben wissen. Herr Bürgermeister Bartsch nimmt die Errichtung einer Halle gegen die vorigen Redner in Schutz. Sie müsse den Handwerkern aufhelfen, welche tüchtige Arbeiten liefern, ohne sie dem Publikum anbieten zu können. Herr Wolter spricht ebenfalls mit Wärme für die Errichtung einer Gewerbehalle. Herr Winterfeld will in derselben auch diejenigen vertreten wissen, die öffentliche Verkaufsläden haben. Der Redner wird auf § 3 der Statuten verwiesen. Herr Jankowski spricht die Befürchtung aus, es möchte durch die Halle dem Verfall des Gewerbebestandes nicht vorgebeugt werden. Er verweist auf den schwachen Fortbestand der Bezirksparlamente-Vereine. Da jedoch die Leiter des Instituts von anerkannt humanen Prinzipien ausgehen und bedeutende Männer sich für das Unternehmen interessieren, so möge man einen Versuch damit wagen. Nachdem noch Herr Dr. Bürkner diese Angelegenheit der Versammlung dringend empfohlen wurde, wurde die versuchsweise Errichtung der Halle mit überwiegender Majorität gebilligt.

S Breslau, 6. Dezember. [Siebente Sitzung des Schwurgerichts.] Als Angeklagter erscheint der Thierarzt Ferd. Hinkelmann aus Trebnitz, die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf Majestätsbeleidigung. Das Schwurgericht konstituirte sich aus den Herren G. v. Biers, Dominikus Lustig, R. H. Nährich, R. Menz, F. J. v. Wallenberg, L. Schnitzler, F. Häußler, G. Simmler, L. Scholz, Konrad, E. Lübbert, R. v. Franzenberg, zu Stellvertretern wurden die Herren R. A. Schubert, G. v. Vogt designirt. Nach der Anklageakte hat Inzulpat zu Anfang dieses Jahres in dem Trebnitzer Brauhause mit Bezug auf die Verfassungs-urkunde vom 5. Dezember geäußert: Die Verfassung könne nichts tangen, weil sie Einer für 16 Millionen Menschen gefertigt und denselben oktroyirt habe. — Hier folgte eine beleidigende Aeußerung gegen die Person des Königs. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er unschuldig sei. Das Zeugenvorhör werde zwar erweisen, daß er obige Aeußerung gethan habe und er müsse daher wohl ihre Richtigkeit zugeben. Doch wisse er sich derselben nicht mehr zu erinnern, nur das wisse er, es könne jenem Gespräch keinerlei beleidigende Absicht zu Grunde gelegen haben. Vielmehr werde er den Entlastungsbeweis antreten, um darzuthun, wie er sogar durch literarische Thätigkeit bereits seine aufrichtige Anhänglichkeit und Verehrung gegen den preussischen König bekundet habe. Es wurde nunmehr zur Aufnahme des Belastungsbeweises geschritten, die Belastungszeugen Menig, Toffroy und Griffig wiederholten die Angaben, auf welche die Anklageschrift begründet ist. Die Vernehmung der übrigen Zeugen, sowie die Führung des Entlastungsbeweises wurde ausgesetzt. Herr Staatsanwalt Korb sieht die Thatfrage als erwiesen an und stellt es den Geschworenen anheim, auf Grund derselben das „Schuldig“ auszusprechen. Der Verteidiger, Ref. Koch, glaubt, daß über die Thatfrage, welche den Gegenstand der Untersuchung bilde, bei den Geschworenen wohl kein Zweifel mehr obwalte. Deshalb werde die Vertheidigung sich darauf beschränken müssen, nachdem die Thatfrage entschieden sein würde, zu beweisen, daß in der vorliegenden Aeußerung keine Majestätsbeleidigung enthalten sei. Am Schluß des Resumes legte der Präsident den Geschworenen etwa folgende Frage vor:

Ist der Angeklagte schuldig, im Januar d. J. vor einer Versammlung in dem Trebnitzer Brauhause geäußert zu haben: „Die Verfassung tauge nichts, weil sie Einer für 16 Millionen gemacht hat, der König u. s. w.“?

Nach einer kurzen Berathung sprachen die Geschworenen das „Schuldig“ aus. Die Staatsanwaltschaft motivirt den Straf Antrag wegen verlesener Äußerungen gegen die Person des Staatsoberhauptes, unter Hervorhebung des schärfsten Umstandes, daß die Aeußerung in einem öffentlichen Lokale geschah, wie eine zmonatliche Gefängnißstrafe nebst Verlust der National-Korarte beantragt. Die Vertheidigung bezieht sich auf eine gesetzliche Bestimmung, nach welcher der Angeklagte nicht der Verurtheilung vom 30. Juli, sondern der betreffenden Gefängnißstrafe des allgemeinen Landrechts unterliege. Dieses enthalte insofern eine mildere Bestimmung als sie nur diejenige Aeußerung gegen die Person des Königs strafe, welche auch im gewöhnlichen Leben als Beleidigungen gelten. Durch die neuere Verordnung faßte man den Begriff der Majestätsbeleidigung genauer, es sollten nunmehr auch diejenigen Aeußerungen gegen das Staatsoberhaupt bestraft werden, die man im gewöhnlichen Leben malitios nenne. Die vorliegende Aeußerung enthalte aber eben so wenig eine verdeckte Bosheit als eine offene Injurie. Es sei zu bedauern, daß dem Angeklagten nicht gestattet wurde, den Nachweis seiner patriotischen Gesinnung zu führen. Da jedoch der fraglichen Aeußerung selbst keine boschafte Absicht zum Grunde liege, indem sie nur eine Beurtheilung der Verfassungsurkunde im Allgemeinen abgeben sollte, beantragt die Vertheidigung die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof verurtheilt denselben zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe nebst Verlust der National-Korarte.

Um 10 Uhr wurden die Angeklagten Joh. Erber und Gottl. Maschlunke vorgeführt, sie haben der Anklageschrift zufolge, einen Straßenraub verübt. Beide leugnen das

ihnen zur Last gelegte Verbrechen. Die Beweisaufnahme ergiebt folgenden Thatbestand: Am 16. Juni wurde der Fleischer Geppert von einem der Angeklagten, mit dem er früher das Buchthaus getheilt hatte, auf offener Straße um eine Unterstüßung angegangen. Beide Angeklagte brängten sich ihm auch dann noch auf, und folgten ihm bis in seine Wohnung. Nachdem sie gemeinschaftlich Abendbrot gegessen hatten, gingen sie auf der großen Landstraße nach Pöpelwitz. Geppert war angetrunken und schlief da, wo er sich am Wege niedergelassen hatte, bald ein. Seine Begleiter zerschnitten ihm das Beinkleid und entwendeten ihm das Geld, welches sich in einer der Taschen befand. Gleichzeitig soll einer der beiden Diebe mit dem Stock nach ihm geschlagen und ihm die Kehle zugeschnitten haben. Die Verteidigung, von Hrn. Ref. Friedensburg geführt, räumt ein, daß ihre Klienten vielleicht den Diebstahl verübt, doch befreit sie die Kriterien des Raubes. Diese werden lediglich durch die Angaben des Verurtheilten dargethan, welcher der heutigen Verhandlung nicht einmal beigewohnt hat, da sein Aufenthalt nicht zu ermitteln war. Was die übrigen Zeugen betrafen, beziehe sich auf die Verübung des Diebstahls. Gehe man diesen auch zu, so folge noch nicht, daß eine Verurteilung vorliege. Die Verteidigung suchte nun die Glaubwürdigkeit des abwesenden Hauptbelastungszeugen dadurch zu entkräften, daß sie den schlechten Lebenswandel desselben darlegte, und beantragte schließlich beide Angeklagte von dem Verbrechen des Straßenraubes freizusprechen. Die Staatsanwaltschaft replizierte und erhielt die Anklage aufrecht. Ueber die Fragestellung entspann sich zwischen der Staatsanwaltschaft, dem Gericht und der Verteidigung eine kurze Debatte. Der Gerichtshof zog sich zur Entscheidung zurück und formulierte die Frage wie folgt:

Sind die Angeklagten schuldig, dem Fleischer Geppert eine kleine Summe Geld entwendet zu haben; ist die That in der Art verübt, daß M. dem G. die Sargel zugeschnitten hat, während G. das Geld nahm?

Die Geschwornen beantworteten den ersten Theil dieser Frage mit: Ja, die in dem zweiten Theil angegebenen näheren Umstände sahen die Geschwornen nicht als erwiesen an. Die Staatsanwaltschaft sieht sich nunmehr außer Stande, den Strafantrag wegen Straßenraubes zu motiviren und beantragt gegen den Angeklagten Erber wegen ersten gemeinen Diebstahls 4 Wochen, gegen den Angeklagten Matschunke wegen zweiten gemeinen Diebstahls achtwöchentliche Gefängnißhaft. Der Gerichtshof verurtheilte den Ang. Erber zu einer 14tägigen, den Angekl. Matschunke zu achtwöchentlicher Gefängnißhaft, beide zum Verlust der Akarbe und zur Erstattung der Untersuchungskosten. In der morgigen Sitzung werden zur Verhandlung kommen (8 Uhr) die Untersuchung wider den Gerichts-Schulzen Gottl. Söllner, wegen Majestätsbeleidigung, (10 Uhr) wider vier Angeklagte wegen vierten Diebstahls.

Breslau, 6. Decbr. [Die Breslauer Politiker und ihre Politik im Jahre der Klubs.] Auf 30 Oktavseiten zeichnet uns hier eine geschickte Hand ein Bild von dem Breslauer Klubleben seit dem März 1848 bis zum Mai 1849. Der Verfasser ist ein philosophischer Kopf, das zeigt die begriffsmäßige Entwicklung, die er inne hält, und auch das Talent für historische Darstellung ist nicht zu verkennen, denn der reiche Stoff ist gründlich zusammengefaßt und präcis und übersichtlich geordnet. Dabei ist

*) Ein Taschenspiegel für Alle. Breslau, bei A. Schulz und Comp.

die Sprache lebendig, frisch, reich an schlagenden Antithesen und mitunter humoristisch gewürzt. — Was den politischen Standpunkt des Verfassers anbelangt, so möchte ich ihn nach der vorliegenden Schrift als einen freisinnigen konstitutionellen oder, wenn man will, als einen gemäßigten demokratischen bezeichnen. Es ist die Farbe des deutschen Volksvereins, die überall durchschimmert. Doch ist der Verfasser von jeder Parteileidenschaft entfernt, und er bekundet auch darin eine gesunde historische Anschauungsweise, daß er, so weit möglich, eine objektive Darstellung verfolgt. — Das Büchlein ist im Ganzen ein sehr schätzenswerther Beitrag zur Geschichte des vorigen Jahres, und ich kann es mit gutem Gewissen allen Parteien anempfehlen. „An uns liegt es, daß wir fest aus unsern Fehlern, aus den Fehlern aller Parteien lernen, den rechten Weg zu finden.“ Wer wollte hierin nicht mit dem Verfasser übereinstimmen? Und diese Fehler aller Parteien, sie sind in der vorliegenden Schrift klar genug verzeichnet. M. R.

* Hirschberg, 5. Dezember. Die Suspension des Predigers Vorwerk von Seiten des Vorstandes der christkatholischen Gemeinde, erregt, da dieselbe ohne Wissen der ganzen Gemeindeglieder und der Aeltesten ausgeführt wurde, viel Aufsehen, um so mehr, weil der Vorstand den auf nächsten Sonntag angekündigten Gottesdienst aufzuheben für gut erachtet hat. Eben findet deshalb eine Sitzung der christkatholischen Gemeinde statt. Ich werde Ihnen also morgen schon das Nähere dieses originellen Falles mittheilen können. — Eine in der Neuen Preussischen Zeitung an das Tageslicht getretene Adresse an den König, vom Hirschberger Veteranen-Verein, veranlaßt unser Wochenblatt, den „Voten a. d. R.“ entrüstet darauf hinzuweisen und damit darzutun, daß seine Tendenz eine konstitutionelle, nicht aber eine reaktionäre sei.

— Die Magdeburger Zeitung enthält folgenden Widerruf. Die Nachricht von dem Tode des Bischofs Dräseke beruht glücklicher Weise auf einem Irrthume. Der Theure ist vielmehr nur sehr bedenklich krank, und bei der innigen Theilnahme, mit welcher man sich hier seiner herrlichen Friedens- und Trostesworte erinnert, wurde bei seinen zahlreichen Anhängern der gefürchtete Tod schnell zur Gewißheit.

Wilhelms-Bahn.

Im Monat Novbr. fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt. Es wurden befördert:

4760 Personen, Militär und			
Ertragszölle für	3510 Rtlr.	24 Sgr.	6 Pf.
Gepäck, Vieh und Equipagen für	510	10	10
35949 Centner Fracht für	5176	26	5
Gesammt-Einnahme	9198	1	9

Bekanntmachung.

Der Verkaufplatz für die Christbäume ist für die Zeit des diesjährigen Christmarktes von der grünen Röhrseite wegen des dortigen Mangels an Platz auf den ehemaligen Fischmarkt am Rathhause verlegt worden, woselbst den Feilbietenden ihre Verkaufsplätze werden angewiesen werden. Der Marktverkehr mit den Christbäumen an der grünen Röhrseite wird hiernach bei Vermeidung der in der allgemeinen Gewerbe-Verordnung vom 17. Januar 1845 §§ 59 und 187 angeordneten Strafe verboten.

Breslau, den 5. Dezember 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

Außerordentliche Versammlung des Konstitutionellen Central-Vereins.

Freitag den 7. Dezember Abends 7 Uhr im König von Ungarn. Tagesordnung: 1) Zur Geschäftsordnung. 2) Bericht und Beschlusnahme über die Verhandlungen mit dem Provinzial-Komitee. 3) Antrag auf Berufung eines Kongresses. 4) Beschluß in der deutschen Frage.

An Dr. Waldeck.

Berrissen sind der Bosheit feste Schlingen,
Die Dir gelegt erkaufte Henkers-Hand,
Der Wahrheit Licht, es mußte endlich bringen,
Hell leuchtend durch des dumpfen Kerkers Wand;
Man haßte Dich und wollte selbst Dein Leben,
Weil Du dem Wohl des Volks Waffe hingeben.

Dir ward geraubt die schönste Himmelsblume,
Der Freiheit süßes Glück, auf lange Zeit,
Doch in des Büfens inn'ern Heiligtume
Lebt etwas, was dem Däuber Muth verleih't.
Ja! das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht
Weicht selbst im Kerker, selbst im Tode nicht.

Und reichlich giebt Ersatz für alle Schmerzen,
Die Du ertrugst, — des Volkes Sympathie,
In jedem für das Recht erglühten Herzen,
Erlischt die Achtung für Dein Wirken nie.
Der muthig kämpfet für der Wahrheit Licht,
Der fürchtet auch der Bosheit Waffe nicht.

Und pflanzt nicht auch das neue Rechtsverfahren
In unsre Brust ein freudiges Gefühl?
Der Schurke nur, er möge sich verwahren,
Sein dunkles Verbrechen findet bald ein Ziel.
Heil jedem Staate! wo die Gerechtigkeit
Dem Unterthan ein freies Wort verleih't!

Julius Thieme.

OUVERTUREN beliebter Opern.

Gross-Hochquart. — Sauber lithographirt.

Für das Pianoforte.

Zweihändig jede Nummer 2 1/2 Sgr.
Vierhändig — — — 5 —

Verlag von Friedlein u. Hirsch in
Leipzig, vorrätig in Breslau u. Op-
peln bei Grass, Barth u. Comp.,
in Brieg bei Ziegler.

1. Paër, Die Wegelagerer.
2. Cherubini, Der Wasserträger.
3. Weigl, Die Uniform.
4. Boieldieu, Johann von Paris
5. Rossini, Othello.
6. Righini, Armide.
7. Beethoven, Fidelio.
8. Rossini, Die Italienerin in Algier.
9. Paër, Sargin.
10. Haydn, Orlando, Palandrino.
11. Boieldieu, Die weisse Dame.
12. Onslow, Der Hausirer.
13. Méhul, Die beiden Blinden.
14. Auber, Die Stumme von Portici.
15. Meyerbeer, Die Kreuzfahrer.
16. Beethoven, Egmont.
17. Kuhlau, Die Räuberburg.
18. Spontini, Ferdinand Cortez.
19. Herold, Zampa.
20. Boieldieu, Der Kalif von Bagdad.
21. Isouard, Joconde.
22. Rossini, Der Barbier von Sevilla.
23. Auber, Der Schnee.
24. Rossini, Tancred.
25. Mozart, Idomeneus.
26. Der Schauspiel-Director.
27. Die Entführung aus dem Serail.
28. Die Hochzeit des Figaro.
29. Don Juan.
30. Così fan tutte.
31. Die Zauberküste.
32. Titus.
33. Auber, Der Maurer und der Schlosser.
34. Bellini, Norma.
35. Die Montecchi und Capuletti.
36. Die Unbekannte.
37. Donizetti, Anna Bolena.
38. Spontini, Die Vestalin.
39. Rossini, Die diebische Elster.
40. Kreutzer, Lodoiska.
41. Paër, Griselda.
42. Bellini, Der Seeräuber.
43. Bellini, Die Nachtwandlerin.
44. Donizetti, Der Liebestrank.
45. Bellini, Bianca und Fernando.
46. Meyerbeer, Emma von Reussburg.
47. Weigl, Die Schweizerfamilie.
48. Rossini, Die Jungfrau vom See.
49. Winter, Das unterbrochene Opferfest.
50. Caraffa, Masaniello.
51. Rossini, Aschenbrödel.
52. Kuhlau, Lulu.
53. Caraffa, Der Einsiedler.
54. Méhul, Die Jagd Heinrichs IV.
55. Gluck, Iphigenia in Aulis.
56. Méhul, Joseph in Egypten.
57. Herold, Die Täuschung.
58. Cherubini, Medea.
59. Boieldieu, Die zwei Nächte.
60. Auber, Die Braut.
61. Meyerbeer, Margarethe von Anjou.
62. Cherubini, Die Abentheuer.
63. Mayer, Die beiden Herzoginnen.
64. Schubert, Der Cornet.
65. Cimarosa, Die heimliche Ehe.
66. Rossini, Die Belagerung von Corinth.
67. Gluck, Armide.
68. Auber, Fiorella.
69. Caraffa, Die Marquise von Brinvilliers.
70. Cherubini, Falska.
71. Lodoiska.
72. Gluck, Alceste.
73. Balfe, Die vier Haimonskinder.
74. Rossini, Moses in Egypten.
75. Mozart, Die Gärtnerin aus Liebe.
76. Auber, Das Concert bei Hofe.
77. Fioravanti, Die Dorfsängerinnen.
78. Cimarosa, Die Heirath durch List.

Anzeige. Die unterzeichneten Rattun-Fabrikanten sehen sich durch die fortwährende Steigerung des rohen Materials genöthigt, ihre Calicos-Preise von jetzt ab neuerdings resp. um 1/6 und 1/4 Rtl. per Stück zu erhöhen, was dieselben ihren geehrten Abnehmern hierdurch anzeigen.
Berlin im Dezember 1849.

Liebermann u. Comp. Nathan Wolff u. Sohn. Liebermann u. Söhne.
Joseph Moser u. Comp. Seemann u. Sommerfeld. A. Levinstein.
L. F. Wolff u. Behrens. Meidner u. Wolff.

Bleifedern und Stahlfedern

aus den besten Fabriken sind zu allen Preisen zu haben, bei: Klaus u. Söferdt, Raschmarkt Ring 43, Zeichen- und Schreib-Materialien-Handlung.

Oberschlesische Eisenbahn.

Die Bezahlung der am 2. Januar 1850, fälligen Zinsen auf unsere Stamm- und Prioritäts-Aktien erfolgt (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) täglich vom 15. d. M. ab, in Breslau bei der Haupt-Kasse der Gesellschaft auf dem Bahnhofe, Vormittags von 8 bis 1 Uhr, vom 2. bis 15. Januar a. f. in Berlin bei den Herren M. Oppenheims Söhne, Burgstraße Nr. 27, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, gegen Einlieferung der mit einem Verzeichniß zu versehenen Coupons.
Breslau, den 5. Dezember 1849. Das Direktorium.

Unser gut assortirtes Lager von
Schriften für Buchbinder u. Handdruckereien
empfehlen wir zu billigen Preisen und können Probe-Abdrücke der Schriften gegen franco Briefe gratis entgegen genommen werden.
Grass, Barth und Comp. in Breslau, Schriftgießerei.

Der Improvisator u. Restaurateur Alexander Herrmann empfiehlt die von ihm übernommenen Lokalitäten des Tempelgartens zu Abhaltung von Ballen, Hochzeiten, Kränzchen, Konzerten, Vereinen u. dgl. und versichert prompteste und anständige Bedienung. Dinners, Soupers und Dejeuneurs werden aufs Beste effectuirt werden.

Lustig u. Thunack,

Schweidnitzerstraße Nr. 1, vis-à-vis der Korn-Gasse,
empfehlen ihr so eben eingetroffenes Kommissions-Lager angekleideter Puppen, aus der Fabrik des Herrn J. E. Möves jun. in Berlin, in den neuesten und geschmackvollsten Kostüms zur geneigten Beachtung.
NB. Auf die mit vieler Sorgfalt gefertigten Wackepuppen machen wir noch ganz besonders aufmerksam.
Bestellungen nach außerhalb erbitten wir uns recht zeitlich. Die Preise sind billigst aber fest.

Theater-Nachricht.
Freitag den 7. Dezbr. 59te Vorstellung
des Abonnements von 70 Vorstellungen.
„Wilhelm Tell.“ Heroisch-romantische
Oper in 4 Akten, Musik von Rossini. —
(Im zweiten Akt wirken 40 Mit-
glieder eines Gesangsvereins im
Chor mit.)

Zur Theater-Lotterie-Abonnements-
Verlosung sind ganze Loose zu 4 Rthlr.
und halbe Loose zu 2 Rthlr. Morgens
von 9—12 Uhr und Nachmittags von
2—4 Uhr im Theater-Bureau und im
Comtoir Herrenstraße Nr. 28 zu haben.

F. z. © Z. 10. XII. 12. St. F. u. T. □ I.

Entbindungs-Anzeige.
Die gestern Abend erfolgte glückliche Ent-
bindung seiner Frau Aurelie, geb. Ditt-
rich, von einem gesunden Mädchen, zeigt ent-
fernten Verwandten und Freunden, statt be-
sonderer Meldung, hierdurch ergebenst an.
Dr. Stinner.
Oppeln, den 5. Dezember 1849.

Todes-Anzeige.
Am 3. d. M., Nachts gegen 11 Uhr, endete
mein innig geliebter Sotte, der Postverwalter
Karl Vogt, nach einem 10tägigen schweren
Krankheitslager seine irdische Laufbahn, was ich
auswärtigen Freunden und Bekannten mit der
Bitte um stillen Beileid tiefbetrübt anzeige.
Lublitz, den 5. Dezember 1849.
Emilie Vogt.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)
Am 1. Dezember starb hier selbst an den Fol-
gen einer Gehirn-Entzündung unser geliebter Br-
der, der Appellations-Gerichts-Auskultator und
Leutnant im 22. Landwehr-Infanterie-Regi-
ment, Herrmann Eduard Starcke, in
dem hoffnungsvollen Alter von 24 Jahren 3 Mo-
naten. Statt jeder besonderen Meldung zeigen
diesen schmerzlichen Verlust Verwandten und
seinen zahlreichen Freunden ergebenst an
Gustav
Julius } Starcke.
Emil }
Ratibor, den 3. Dezember 1849.

Todes-Anzeige.
Am 5. Dezember Nachmittags 2 Uhr starb
am Lungenschlage nach fünfwöchentlichem Kran-
kenlager unser Bruder Heinrich. Dies zeig-
en wir Verwandten und Freunden, statt be-
sonderer Meldung, um stille Theilnahme bit-
tend, ergebenst an.
Zerasseltwitz, 6. Dezember 1849.
Die Geschwister Steinert.

**Verein für Geschichte und
Alterthum Schlesiens.**
Montag, den 10. Dezember um 6 Uhr, im
Lokale der Gesellschaft für vaterländische
Cultur (Börse, Blücherplatz) G. A. Stenzel:
Waldstein als Herzog von Sagan.

Freitag, den 7. Dezember, wird die hie-
sige Sing-Akademie im Musiksaal der Uni-
versität aufzuführen:
Israel in Egypten.
Oratorium von S. Fr. Händel.
Eintrittskarten à 20 Sgr. und Textbücher
mit Programm à 3 Sgr. sind in den Mu-
sikhandlungen bei Bote u. Bock, Schoff-
ler und Schuhmann zu haben. Der
Eintrittspreis an der Kasse ist 1 Thaler.
Einlass 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende ge-
gen 9 Uhr. Anschlagzettel werden nicht
ausgegeben.

Bei E. H. Schröder in Berlin erschien
soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu
beziehen, in Breslau und Oppeln bei
Graß, Barth u. Comp., in Bries bei
Sieger:
Möwes, A. L., Destillirkunst.
3te vermehrte Auflage. — Preis
1 Rtl. 15 Sgr.

Laetitia.
Sonntag den 9. Dezember **Soirée.**
Die Direction.

In Gorkau-Rosalienthal
Sonntag den 9. Dezember
Concert.
Glas.

Weiß-Garten.
Heute Freitag: 9. Abonnements-Konzert der
Philharmonie unter Direction des Herrn
Johann Göbel.
Entree für Nichtabonnenten à Person 2 1/2 Sgr.
Anfang 6 Uhr. Ende 9 Uhr.

Pensions-Offerte.
Eine Lehrersfamilie, welche sich ganz der
Erziehung von Söhnen gewidmet hat, er-
tern widmet, kann einen, auch zwei Knaben
in Pension nehmen. Das Nähere beim Herrn
Kaufmann Neumann in den drei Mühren,
am Bismarckplatz.

Feine Luxusgegenstände
in geschmackvoller Auswahl, die sich zu Weih-
nachtsbeschenken vorzüglich eignen, empfiehlt:
die Kunsthandlung F. Karisch.

So eben ist erschienen und bei Graß, Barth u. Comp. in Breslau, Herren-
straße Nr. 20, für 7 1/2 Sgr. zu haben:

Die Katastrophe in Ungarn. Originalbericht von Ludwig Kossuth aus Widdin.

Durch alle Buchhandlungen Deutschlands ist zu haben, Breslau bei Graß, Barth
u. Comp. — G. P. Ueberholz — G. P. Hirt — H. Kern —
May u. Comp. — Schulz u. Comp. — Trewendt:
Neues einfaches

Kochbuch für Mädchen und Hausfrauen, oder nützliche Anweisung,
nährhafte und wohlgeschmeckende Speisen auf gute und doch sparsame Art zu
bereiten. Herausgegeben von Th. Bloß. 5. Aufl. Preis geb. 15 Sgr.
Da der vollständige Inhalt zu viel Raum einnehmen würde, so führen wir nur in
Kürze die Zahl der Rezepte der verschiedenen Abtheilungen an: 49 verschiedene Suppen,
— 28 Arten Rindfleisch zu bereiten — 28 Arten Kalbfleisch — 7 dito Schöpfensfleisch —
8 dito Schweinefleisch — 27 dito Geflügel — 7 Arten Wildpret — 6 Gemüse mit und
ohne Fleisch — 14 Gemüse ohne Fleisch — 12 Arten Salat — 15 Arten Obst — 15 Arten
Mus — 23 Arten Klöße, Puddings und allerhand Gefülltes — 12 Eierpeisen — Anwei-
sung, Pilze zu braten — 18 Arten Fische — 30 Arten Kuchen und anderes Backwerk —
jungen Hühnern, Tauben u. s. w. — 14 Brühen (Saucen) mit Angabe der Speisen, wozu
sie gehören — 14 eingemachte Gemüse, Früchte und andere Sachen — 16 warme und kalte
Getränke — 7 Arten Geleres (Scheele's) — 30 Arten Kuchen und anderes Backwerk —
Anweisung Brodt zu backen — 4 Anweisungen zu Butter — 8 dergl. zu Branntweinen.
— Außerdem enthält dieses Kochbuch noch gegen 150 der wichtigsten Anweisungen, die für
jede Hausfrau, welche ihre Wirtschaft vortheilhaft führen will, zu wissen unerlässlich sind.

Buchhandlung Joh. Urban Kern (Ring Nr. 2).
Bei Joh. Urban Kern, Ring Nr. 2, ist so eben eingetroffen und zu haben:
Die Katastrophe in Ungarn.
Original-Bericht von Ludwig Kossuth aus Widdin. gr. 8. Leipzig.
D. Wigand. Preis 7 1/2 Sgr.

Für die Besitzer von **Humboldt's „Kosmos.“**
Im Verlage von Joh. Urban Kern, Ring Nr. 2, ist so eben erschienen und zu
haben (in Sauer bei Hiersemann, in Frankfurt bei Philipp, in Ratibor bei
Jacobsohn, in Ohlau bei Bial):

Planetognosis, oder Mikro- und Makrokosmos.

Eine These von Ernst.
Zweite vermehrte Auflage.
Zwei Lieferungen in einem Bande.
Nebst einem Anhange:

Papierstreifen aus dem Portefeuille eines Naturforschers.
18 Bogen. gr. 8. Velinp. geh. Preis 1 Rtl. 7 1/2 Sgr.

Für die Besitzer der ersten Auflage des
„Neuen Planetenbuchs von Ernst, 1847“
ist aparte zu haben:

Planetognosis von Ernst.
Zweites Heft. Enthaltend: Bausteine von Ernst. — Papierstreifen aus
dem Portefeuille eines Naturforschers.
gr. 8. 10 1/2 Bogen. geh. Preis 22 1/2 Sgr.

Dr. Rhyno Duehl sagt im Danziger Dampfboot Nr. 131 (1847) von dieser Schrift:
Der Verfasser, gestützt auf die neuen Ergründungen der Philosophie und Naturforschung,
stellt in ihr die These auf, daß unser Planet ein vernünftiges Wesen, ein Gedanke Gottes
sei und wir Menschen die Gedanken dieses unseres Planeten. Tief, ohne unverständlich,
kurz, ohne oberflächlich zu sein, führt uns Verfasser durch das System einer Weltanschauung,
deren Richtigkeit zu fesseln und deren Frömmigkeit zu erbauen vermag.
In dieser zweiten Auflage ist der Abschnitt: „Apokalypse“, worin schon vor 3 Jahren
die nunmehr eingetretene Revolution vorausgesehen war, erweitert und es werden prophe-
tische Worte in die Zukunft eröffnet. Es verbreitet sich über neue Hypothesen, als: Sobia-
kalität, Sonnenlicht, Meteoriten, stellt eine neue klare Theorie der Dreieinigkeit auf, wo-
aus die Elemente zu einem neuen vernünftigen Dogma hervorgehen.
Der Anhang: „Papierstreifen“ — rührt von einem tiefdenkenden Naturforscher und
Naturphilosophen her; durch ihn wird die Sache naturwissenschaftlich begründet. Wie ein
übermenschlicher Dämon vertieft sich sein Blick in die Natur unseres Planeten.

Heute wird die Nr. 18 des **Schlesischen Volksblattes**, redigirt von Carlo (Karl
Heinrich Herzel) ausgegeben. Sie enthält u. A.:
1. „Deutsch und Preussisch.“ (Letzte liter. Arbeit des am 4. d. M. verstorbenen
Prof. Dr. Lichtenstädt.)
2. Mißtrauens-Votum von 23 Herren aus dem Rimpfcher Wahlbezirk an ihren Abge-
ordneten für die 2. Kammer, Freiherrn von Kanitz und dessen offene
Antwort.
Jede Nummer ist für 1 Sgr. in der Leuckart'schen Buchhandlung, Kupferschmiede-
straße Nr. 13, zu haben. Breslau, den 8. Dezember 1849.
Die Redaktion des Schlesischen Volksblattes.

Die theoretisch-praktische Ausbildung in der Brennerei, Bierbrauerei inkl.
Kartoffel-Bierbrauerei und Agricultur-Chemie findet ohne Unterbrechung statt,
sowie gleichzeitig zur Erlernung der praktischen Landwirtschaft die trefflichsten
und vielseitigsten Gelegenheiten geboten ist, — auch sind alle während eines Zeitraumes von
10 Jahren in der Brennerei ausgebildeten Männer sehr gut placirt worden. **Dr. W.
Keller**, Apotheker erster Klasse, Redakteur der gemeinnützigen Erfindungen in der Brenn-
weinbrennerei und Bierbrauerei und Vorsteher des landwirtschaftlich-technischen Instituts
zu Waltersdorf bei Königs-Wusterhausen und Göpnitz. Zur schleunigen Beförderung der
Anfragen werden dieselben nach Berlin, Holzgartenstraße 4, par terre, erbeten.

Bortheilhaftes Anerbieten.
= 2000 Rtl. Ration. = Ein junger, unverh. Mann, von guter Erziehung, früher
Deconom, jeden Lebensverhältnissen gewachsen, mit vorzüglichem Attesten, sucht als Fabrik-
Aufseher, Faktor, Rechnungsführer u. c. ein baldiges Unterkommen, und stellt gegen ihm
zu gewährenden Sicherheit eine gute Hypothek per 2000 Rtl. zur freien Disposi-
tion seines künftigen Prinzipals. — Auch sind 5000 Rtl., 6000 Rtl. und 2500
Rtl. fupillarisch zu vergeben. Nähere Auskunft wird gütigst ertheilt: Kupferschmiedestr.
Nr. 11, 2 Stiegen, Morgens bis 10 Uhr — Mittags bis 2 Uhr.

Zobel-Bisam-Muffe,
bauerhaft und schön, in dieser Couleur ganz neu.
Kinder-Muffe,
in großer Auswahl zu billigen Preisen, empfiehlt:
Karl Heinke, Albrechtsstr. Nr. 13, neben der kgl. Bank.

Bekanntmachung.

Der Geschäftsführer Lazarus Monasch
beabsichtigt, auf dem Grundstück Nr. 8 Ro-
senthalerstraße eine Destillir-Anstalt zu errich-
ten. Dieses Vorhaben wird auf Anweisung
der königlichen Regierung vom 5. v. M. und
in Gemäßheit des § 29 der Allgemeinen Ge-
werbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 mit
der Aufforderung hierdurch zur öffentlichen
Kenntniß gebracht, etwaige Einwendungen
dagegen binnen einer präklusivischen Frist von
4 Wochen bei der unterzeichneten Polizei-Be-
hörde anzubringen, wonächst weitere Ent-
scheidung darüber veranlaßt werden wird.
Breslau, den 5. Dezember 1849.
Königliches Polizei-Präsidium.
v. Kehler.

Bekanntmachung.

Bei der General-Landschafts-Kasse hier selbst
wird die Einlösung der in Weihnachten d. J.
fällig werdenden Pfandbrief-Zinskupons Lit. B.
vom 7. Januar bis 1. Februar 1850 an je-
dem Wochentage, mit Ausnahme des Mitt-
wochs und des Sonntags, in den Stunden
von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmitt-
tags stattfinden. Wer mehr als fünf
Stück Zinskupons realisiren will, muß mit
denselben zugleich ein Verzeichniß übergeben,
worin die Nummer und der Zinsbetrag je-
des Kupons aufzuführen ist.
Die Einlösung der Rekognitionen,
welche für gekündigte Pfandbriefe am letzten
Johannistertage ausgereicht worden sind,
wird schon vom 20. Dezember d. J. ab
stattfinden.
Breslau, am 1. Dezember 1849.
Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Zur anderweitigen Vermietung des der
Stadt gehörigen Plazes hinter dem Schup-
pen der Phönix-Mühle haben wir einen Ter-
min auf
den 12. Dezember d. J., Vormit-
tags 10 Uhr,
auf dem rathhäuslichen Fürsten-Saale an-
beraumt.
Miethelustige werden eingeladen, ihre Ge-
bote in demselben abzugeben. Die Bedingun-
gen sind in der Rathsbieners-Stube aus-
gehängt.
Breslau, den 23. November 1849.
Der Magistrat
hieriger Haupt- und Residenzstadt.

Auktion.

Am 12. Dezember d. und den folgenden
Tagen sollen von Vormittags 9 Uhr ab, im
Lokale des unterzeichneten Montirungs-De-
pots, Dominikaner Platz Nr. 3, verschiedene
ausgerüstete Militär-Bekleidungs-Stücke, ba-
runter Mäntel und Messing-Gegegenstände,
meistbietend gegen gleich baare Bezahlung in
preussischer Courant verkauft werden; wozu
das kaufstüchtige Publikum hiermit eingeladen
wird.
Breslau, den 2. Dezember 1849.
Königliches Montirungs-Depot.

Eichenrinde-Verkauf.

Die Rinde von circa 40 Morgen Eichen-
wald, etwa 70jähriger Bestand, und dicht an
der Oder gelegen, soll im Wege des Meist-
gebots verkauft werden.
Zur Abgabe der Gebote haben wir einen
Termin
auf Montag den 17. Dezember,
Vormittags 11 Uhr,
in unserer Kanzlei angesetzt, woselbst auch
die Bedingungen vorher eingesehen werden
können.
Ohlau, den 4. Dezember 1849.
Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.
Das der verehelichten Deconom Gräfinn
Karoline Friedrike, gebornen Krebs,
gehörige Bauergut Nr. 12 zu Girschesdorf,
Antheil Nischke, gerichtlich abgeschätzt auf
7456 Rthlr. 13 Sgr. 4 Pf., soll
am 10. Mai 1850, Vormittags
11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle nothwendig sub-
hastirt werden.
Zare und Hypothekenschein können in der
Registratur eingesehen werden.
Rathenbach i. Schl., den 11. Oktober 1849.
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Brennholz-Verkauf.
Zum meistbietenden Brennholzverkauf der
Bestände pro 1849 im hiesigen königlichen
Forstrevier, bestehend in:
70% Kiefer Stod
11% Kiefer Knüppel,
1% Fichten Stod,
1% Fichten Knüppel,
65% Kiefer Stod,
10% Kiefer Knüppel,
10% Fichten Stod,
327 Fichten Stod
steht auf den 18. Dezember d., Vormittags
10 Uhr hier selbst, im pohl'schen Gasthause
Termin an.
Stoberau, den 5. Dezember 1849.
Der königl. Oberförster Negler.

Das Viertel-Los 4. Klasse 100. Lotterie
Nr. 60,492 d. ist dem rechtmaßigen Spieler
abhanden gekommen, vor dessen Ankauf ge-
warnt wird.
Glas, den 4. Debr. 1849.
Julius Brann,
kgl. Lotterie-Einnehmer.

Gewerbe-Halle zu Breslau.

Dhlauerstraße Nr. 80.

Der Breslauer Gewerbe-Verein beabsichtigt am 12. d. M. eine **Gewerbe-Halle**, welche Arbeiten von hiesigen Gewerbetreibenden enthalten soll, zu eröffnen. Da nur Gegenstände aufgenommen werden, welche nach dem Urtheil der dazu bestellten Kommission gut gearbeitet und preiswürdig sind, so dürften hierin die Käufer genügende Garantie finden. An den verkäuflichen Gegenständen sind die festen Preise angeheftet.

Wir empfehlen das neue Institut dem Publikum zur gütigen Beachtung. Das Speziellere hierüber später.

Die Einlieferungen der zu verkaufenden Gegenstände kann schon vom 10. d. M. ab stattfinden, die näheren Bedingungen können die Herren Gewerbetreibenden erfahren in dem Gewölbe der Herren: **Jankowski**, Dhlauerstraße Nr. 60, **Schott**, Neue Sandstraße Nr. 17, **Ed. Groß**, Neumarkt Nr. 42.

Im Dezember 1849.

Der Vorstand des Breslauer Gewerbe-Vereins.

Holz-Victations-Termin.

Zum Verkauf einer meist aus schlagbaren Eichen mit untermischten Kiefern bestehenden Waldparzelle von ohngefähr 150 Morgen, in dem Groß-Schönwalder Forst bei Festenberg und eine Viertelmeile von der von Dels nach Medzbor führenden Chaussee entlegen, wird ein Termin auf den 18. Dezember, Vormittag 10 Uhr, im Schlosse von Groß-Schönwald angesetzt, zu welchem Kauflustige mit dem Bemerkten vorgeladen werden, daß Anschlag sowohl als Kaufbedingung im Rentamt bereit liegen, und vor wie im Termin bei dem dortigen Rentanten Schönknecht eingesehen werden können. Genehmigung und Zuschlag werden vorbehalten.

Graf Reichenbach auf Polnisch-Würbis, als Curator.



Den geehrten Bestellern auf Braunschweiger Felsenkeller-Lagerbier zur geneigten Beachtung, daß alle Aufträge für die Provinzen Schlesien und Posen, nur allein durch den **Weinkaufmann Moritz Oppler** in Breslau (Komptoir Reuschestraße Nr. 2) ausgeführt werden.

Braunschweig, den 3. Dezember 1849.

A. Balhorn.
Herzogliche Hofbrauerei.

Verkauf.

Der Bau eines neuen Kaffeehauses und damit verbundener Restauration ist so weit gediehen, daß Kauflustige denselben in Augenschein nehmen können. Es wird dazu hienmit eingeladen und nähere Auskunft ertheilt Schußbrücke Nr. 21 par terre.

Die längst erwartete Zufuhr wirklich **französischer Capern**, in den bekannten Sorten ist nun eingetroffen und empfiehlt solche, sowie

große geräucherte pomm. Gänsebrüste, frischen geräuch. Silberlachs, geräucherten und marinierten Elbinger Lachs und Elbinger Neunaugen.
Karl Jos. Bourgarde,
Schußbrücke Nr. 8, goldne Waage.

Frische starke Haasen, gepickte à Stück 15 u. 16 Sgr., frische böhmische Rebhühner, das Paar 12 Sgr. empfiehlt:
Adler, Wildhändler,
am alten Fischmarkt Nr. 2.

Frische böhmische Hasanen hat eben den ersten Transport erhalten und empfiehlt, so wie frisches Schwarzwild:
Wildhändler W. Koch, Ring Nr. 9,
neben 7 Kurfürsten.

Zwei Inspektoren der Landwirtschaft, 2 Branntweinbrenner, 2 Wirtschaftserinnen, 3 Gouvernanten werden gesucht durch
Lucas und Comp. in Berlin, Dranienburgerstraße Nr. 87.

Bollene Umschlagetücher werden zu Fabrikpreisen verkauft bei
Mekenberg und Jarecki,
Kupferschmiedestr. 41, zur Stadt Warschau.

Täglich frische Fleischpasteten und kräftige Bouillon, sowie alle andere feine Backwaare und Getränke ist zu den billigsten Preisen zu haben bei
J. A. Peer,
Neuschestrasse Nr. 66.

Gänzlicher Ausverkauf von Muffs und Pelztragen zu den auffallend billigsten Preisen.
M. Fischer,
Ring und Blücherplatz Nr. 10 u. 11.

Ein guter russischer Schlitten nebst einem gebrauchten Schlitten stehen zum Verkauf: **Matthiasstraße Nr. 5.**

Die Damen-Putz-Handlung von **S. Thomashofe**, Nikolaistraße Nr. 75 par terre, empfiehlt eine große Auswahl sehr billiger Hüte und Häubchen.

Zu vermieten sind Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 29 im Seitengebäude 2 Stuben mit freundlicher Aussicht, nebst Küche, Boden und Keller, für 42 Thlr. jährlich.

Zu vermieten und Oftern 1850 zu beziehen ist neue Kirchgasse Nr. 9 (Nikola-Vorstadt) eine Parterre-Wohnung von 3 Stuben, Kabinett, Küche, Entree und Beigelaß nebst Gartenbenutzung. Das Nähere daselbst.

Möblierte Quartiere, in jeder Größe, sind auf Tage, Wochen und Monate zu vermieten Ritterplatz Nr. 7 bei **Fuchs**.

Ein gebrauchter leichter Pontwagen wird zu kaufen gesucht. Das Nähere Junkernstraße Nr. 6 im Comtoir.

Lokal-Vermietung!
Auf einer belebten Straße in Schweidnitz ist ein Lokal zu vermieten und bald zu beziehen, worin bereits seit 5 Jahren ein Speiserei, Material-, Farbwaaren- und Tabak-Geschäft betrieben worden ist. Die Lokalitäten sind schön und können sämtliche Repositionen und Nebenutensilien mit angenommen werden.

Auf portofreie Briefe ertheilt das Nähere **J. Fuchs**.
Rantau bei Morschwitz.

Ring Maschmarkt Nr. 49 ist zu Weihnachten im Vorderhause im zweiten Stock eine Wohnung aus 2 Stuben, 1 Kuche nebst Entree, Bodengelaß und großem Keller; eben so ein Comptoir par terre, bald oder zu Weihnachten zu vermieten.

Zu vermieten und bald oder auch zu Oftern f. J. zu beziehen sind Neue Kirchgasse Nr. 6 (Nikola-Vorstadt) Wohnungen von 2 Stuben, Küche, Entree und Beigelaß; desgl. von 2 Stuben, Kabinett, Küche, Entree und Beigelaß, für den Preis von 50 und 60 Rthl. Das Nähere daselbst.

Zu vermieten sind im 1ten Stock 2 oder 3 Stuben; auch sind gut möblierte Stuben auf jede beliebige Zeit zu vermieten und bald zu beziehen grüne Baumbücke Nr. 2 beim Wirth.

König's Hôtel garni, Albrechtsstraße 33, neben der Regierung, empfiehlt sich einem geehrten reisenden Publikum zur geneigten Beachtung.

Sagers Hôtel garni, Dhlauer Straße Nr. 75, ohnweit des weißen Adlers, empfiehlt sich dem geehrten reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Fürst v. Sangourski a. Galizien. Gutsbesitzer Graf von Königsmarkt aus Lähns. Gutsbesitzer Graf von Stillfried aus Glaz. Gutsbesitzer v. Reibitz a. Hefricht. Gutsbesitzer Baron von Jedlig aus Schwarzwaldau. Gutsbesitzer Majewski aus Polen. Frau von Beulwitz aus Dessau. Rentant Oppermann und Lieutenant von Derken aus Neustadt. Kaufmann Neubert aus Wien. Kaufmann Zimmermann aus Warschau. Chemiker Liefer a. Berlin. Partikulier Feidenreich aus Bzump. Beamter Feidenreich aus Götting.

5. u. 6. Dez. Abd. 10 u. Mrg. 6 u. Nchm. 11.
Barometer 27° 8,78 27° 8,97 27° 9,32
Thermometer — 48 — 6,3 — 2,0
Windrichtung NW NW NW
Luftkreis heiter heiter kl. Wolf.

Lehrbücher

aus dem Verlage von **Graf, Barth u. Comp.** in Breslau u. Oppeln.
Berghaus, Prof. Dr., Grundriß der Geographie in 5 Bänden, enthaltend die mathematische und physikalische Geographie, die allgemeine Länder- und Völker-, sowie die Staatenkunde, erläutert durch eine große Menge eingedruckter xylographischer Figuren, und Darstellungen, durch Karten und einen Anhang Hülf- und Nachweisungstabellen, als Leitfaden beim Unterricht in den oberen Klassen von Gymnasien, höheren Bürger-, Real- und Gewerbeschulen, der Militär-Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, sowie als Handbuch zur Benutzung beim Selbstunterricht. gr. 8. cart. 5 Rthl. 20 Sgr.

Böhmer, Consistorialrath Prof. Dr., die christliche Dogmatik oder Glaubenswissenschaft. 2 Bände. 8. 3 Rthl. 7 1/2 Sgr.

Gravenhorst, geh. Hofrath Prof. Dr., Vergleichende Zoologie, nebst 12 tabellarischen Uebersichten. gr. 8. 3 Rthl.

— Naturgeschichte der Insektenstierchen nach Ehrenberg's großem Werke über diese Thiere, in einer gedrängten vergleichenden Uebersicht dargestellt. Ein Supplement zur vergleichenden Zoologie. gr. 8. 10 Sgr.

— Das Thierreich nach den Verwandtschaften und Uebergängen in den Klassen und Ordnungen desselben dargestellt. Mit 12 lith. Tafeln. 8. 1 Rthl. 7 1/2 Sgr.

Hahn, Ober-Consistorialrath Prof. Dr., Bibliothek der Symbole und Glaubensregeln der apostolisch-katholischen Kirche. gr. 8. 22 1/2 Sgr.

Harnisch, Dr., Handbuch für das deutsche Volksschulwesen, den Vorstehern, Aufsehern und Lehrern bei den Volksschulen gewidmet. 3te umgearb. Aufl. 8. 1 Rthl. 5 Sgr.

Herzog, Domkapitular und geistlicher Rath, Der katholische Seelsorger nach seinen Amtsverpflichtungen und Amtverrichtungen. Mit besonderer Bezugnahme und Rücksicht auf die Geseze des königl. preussischen Staates. Mit hoher Approbation des hochwürdigsten Bischofs von Culm. 3 Bände. 4 Rthl. 15 Sgr.

Menzel, Consistorial- u. Schulrath, Die Geschichte der Deutschen. 8 Bände. 4. 12 Rthl. 12 Bände. 8. 32 Rthl. 15 Sgr.

Der hiesige **Hausbesitzerverein** hat neue **Miethsquittungsbücher** entworfen, welche für die größten wie für die kleinsten Wohnungen sehr genaue Miethskontraktbedingungen enthalten. Wenn diese Quittungsbücher allgemein eingeführt werden, dürften alle Wirthe vor großen Miethsausfällen geschützt werden. Sie werden daher sämtlichen Herren Hauswirthen bestens empfohlen und sind vorrätzig in Umschlag geheftet pro Exemplar 1 Sgr. zu haben im Comtoir der Buchdruckerei bei

Graf, Barth und Comp., Herrenstraße Nr. 20.

Harmonische Prachtschlittengeläute.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Anzeige, daß jetzt eine große Auswahl meiner diesjährigen, nach neuen Modellen gefertigten Schlittengeläute vorrätzig sind; die höchst geschmackvollen Facons, verbunden mit dauerhafter Arbeit und schönem harmonischen Klang, werden um so mehr allen Anforderungen genügen, als auch die Preise aufs Billigste berechnet sind. Zeichnungen mit Preisangabe sind stets vorhanden.

J. Ammel, Hofmechaniker und Hoflieferant Sr. Maj. des Königs, Königsstraße 33, Ecke der neuen Friedrichstraße in Berlin.

Ausverkauf v. Galanterie- u. Spielwaren

Schweidnitzerstraße in der Pechhütte (an der Dhlaubrücke) im Gewölbe.

Ein Gasthof wird zu pachten gesucht.

Adressen franco unter R. F. poste restante Reichenbach in Schlesien.

Feine Pariser und Offenbacher Lederwaaren

empfehlen in reichhaltiger Auswahl: **Otto Börner**,
sonst Louis Commerbrodt, Albrechtsstr. Nr. 57.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach	Oberschles.	Perf. 7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends.
Ank. aus		Züge 3 u. 30 M., 8 u. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 u. 45 M. Mrg.
Abg. nach	Berlin	Perf. 7 u. 15 M., 5 u. 15 M. Güter- 12 u. 15 M. Mitt.
Ank. von		Züge 11 u. 45 M., 8 u. 6 M. A. Züge 5 u. Nachmitt.
Abg. nach	Freiburg	(Su.—M., 5u.—M. Außerdem Sonn.—11u.—M. Mitt.
Abg. von		7u.15M., 5u.15M. tag, Mittwochs u. 1u.18M.
Abg. von	Schweidnitz	7u.10M., 5u.15M. Freitag, 1u.15M.

Auktionen in Breslau.

Den 7. Dez., Vormitt. 9 Uhr, Breitestr. 42, Kleider, Pugsachen, Pelze.
Den 7. Dez., Nachmitt. 2 Uhr, Reuschestr. 34, Rheinweine.

Börsenberichte.

Paris, 3. Dezember. 3% 57. 35. 5% 90. 20.
Berlin, 5. Dezember. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 1/2% 93 1/2, 95 bez. Breslau-Oberschlesische 4% 70 bez. und Gl., Prior. 4% 85 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 1/2% 49 bez. Niederschlesische-Märkische 3 1/2% 84 1/2 bez. und Gl., Prior. 4% 93 1/2 Br., Prior. 5% 103 1/2 bez., Ser. III. 5% 102 1/2 Gl. Niederschlesische-Märkische Zweigbahn 4% 29 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2% 109 bez., Litt. B. 106 1/2 Br. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 1/2 bez. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2% 89 1/2 bez. Gerhards-Langs-Prämien-Scheine 101 1/2 Br. Preussener Pfandbriefe 4% 100 Gl., 3 1/2% 91 1/2 bez. Preussische Bank-Antheile 93 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 1/2 bez. und Br., neue 4% 95 1/2 bez. und Br. Polnische Partial-Obligationen a 500 Fl. 80 bez. und Gl., a 300 Fl. 113 Gl.

Anfangs wurde Mehreres zu niedrigeren Coursen verkauft, doch zeigte sich im Laufe der Börse vielfache Kauflust und es schloß fast mit allen Effecten beehrt und höher.

Breslau, 6. Dezember. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95 1/2 Gl. Kaiserliche Dukaten 95 1/2 Gl. Friedrichs'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 1/2 Br. Polnische Courant 96 1/2 Br. Oesterreichische Banknoten 92 1/2 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preussische Anleihe 107 1/2 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthl. 3 1/2% 89 1/2 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3 1/2% 97 Gl. Großherzoglich Posen Pfandbriefe 4% 100 1/2 Gl., 3 1/2% 91 Gl. Schlesische Pfandbriefe a 1000 Rthl. 3 1/2% 95 Gl., 3 1/2% 99 1/2 Gl., 3 1/2% 93 Gl. Alte poln. Pfandbriefe 4% 96 1/2 Gl., neue 95 1/2 Gl. Polnische Schuld-Obligationen — — Polnische Anleihe 1835 a 500 Fl. 81 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79 1/2 Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 109 1/2 Br., Litt. B. 106 1/2 Br. Kratau-Oberschlesische 70 1/2 Br. Niederschlesisch-Märkische 84 1/2 Gl., Priorität 5% 103 Gl., Ser. III. 102 Gl. Reissner-Brieger — — Köln-Mindener 95 1/2 Br., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 49 Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 143 1/2 Br. Berlin 2 Monat 99 1/2 Gl., 1. Sicht 100 1/2 Br. Hamburg 2 Monat 149 1/2 Gl., 1. Sicht 150 1/2 Br. London 3 Monat 6. 26 1/2 Gl. Paris 2 Monat 80 1/2 Gl.

Getreide-, Del- und Zink-Preise in Breslau, den 6. Dezember.
Weizen, weißer 54, 48, 42 Sgr.; gelber 50, 44, 38 Sgr. Roggen 28, 26 1/2, 25 Sgr. Gerste 24, 22, 20 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 15 Thlr.; weißer 6 bis 14 1/2 Thlr. Spiritus 6 Thlr. Glb. Rohes Rübsöl 15 Thlr. Br. Zink — — Rapps 111, 108, 106 Sgr. Rübsen 90, 87, 84 Sgr.